

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 127.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 30. Oktober 1906.

Einzelgen im „Korr.“ kosten: die vierspaltige
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Die nächste Nummer (128) erscheint des Reformationstages wegen Sonnabend den 3. November. Man wolle hiervon Notiz nehmen.

Für die Monate November-Dezember nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Korr.“ zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabnehmer auf vorstehendes aufmerksam machen.

Zur Situation!

Zur Genugtuung aller derer, die in den jüngsten Tarifabmachungen keinen Verrat an der Gehilfenschaft, sondern die Wahrung deren Interessen erblicken, ist zu konstatieren, daß die Zahl der Orte, welche dem neuen Tarife zustimmen, fortgesetzt wächst, während die Zahl der ablehnenden Orte kaum eine Vermehrung erfährt. Seit der Bekanntgabe derjenigen Orte in Nr. 125, welche sich teils für, teils gegen die Abmachungen ausgesprochen, sind inzwischen denselben noch beigetreten:

Darmstadt, Ludwigshafen, Bant-Wilhelmshaven, Köln, Bromberg, Bezirk Biegnitz, Bezirk Arefeld, Pittna, Speier, Drier, Remsburg, Schm. Hall, Hildesheim, Dieren, Döbeln, Kempten, Greifswald, Siegen, Frankenthal, Kaiserlautern, Hof, Wesel, Husum, Elmangen, Ruffart, Donaumbühl, Bezirk Hannover-Land, Ulbing und Limburg. — Den Tarif abgelehnt haben noch die Orte: Bremerhaven-Gesfemünde, Köpenick-Friedrichshagen und Zwickau.

Die Beschlüßfassung immer noch ausgefehlt haben Stuttgart, Heilbronn und Hanau. Im ganzen haben bis jetzt 161 Orte und Bezirke dem Tarife ihre Zustimmung gegeben, 26 Orte haben ihn abgelehnt und 3 Orte haben die Beschlüßfassung ausgefehlt.

In ihrer Versammlung am 24. Oktober beschäftigten sich zum drittenmale die Berliner Kollegen mit dem Tarifabschlusse, auf ihrem ablehnenden Beschlusse vom 14. Oktober verharrend. Ueber diese Versammlung lesen wir im „Vorwärts“:

„Die Berliner Buchdrucker wollen den in der Zirkusversammlung bei Schumann präzisierten Standpunkt gegen den Tarif und den Organisationsvertrag nicht aufgeben. In einer Versammlung, die am Mittwochabend bei Keller stattfand, nahmen sie erneut dazu Stellung. Rede und Gegenrede bewegten sich in demselben Rahmen wie in den früheren Versammlungen. Raffini als Geworfener und der diesmal erschienene Zentralvorsitzende Döblin empfanden die Annahme aus den unferen Lesern in früheren Berichten mitgeteilten Gründen, alle anderen Redner traten ihnen mit den ebenfalls schon mitgeteilten Bedenken entgegen. Viel interessanter als die Reden, die ja nichts Neues mehr bieten konnten, waren die Weisungen aus der Masse, die ihre Stimmung zum Ausdruck brachten. Döblin wurde beim Erscheinen mit einem lauten Ahi begrüßt, in das sich Rischen mischte. Als der erste Redner den Ausdruck gebrauchte: „Kollege Reghäuser“, fiel ein Zwischenruf: „Kollege?“ — „Nun also Reghäuser“, fuhr der Redner fort, worauf ein Bravo antwortete. Die Schreibweise des „Korr.“ wurde verurteilt, dagegen vom „Vorwärts“ gesagt: „Wenn man den „Vorwärts“ liebt, so wird man daraus ersehen haben, daß derselbe die Buchdrucker in höchst sachlicher Weise auf die Fehler aufmerksam machte, die bei dem Tarifabschlusse begangen worden sind. Und wie antwortete der „Korr.“? Stärker, Geher usw.“ Man muß den durchaus Lobenswerten Korpsgeist der Buchdrucker kennen, um zu begreifen, was es bedeutet, daß diese Worte in einer überfüllten Buchdruckerversammlung gesprochen werden konnten, und noch mehr, daß in diesem Kampfe zwischen „Korr.“ und „Vorwärts“ der letztere allen Beifall fand, das Buchdruckerorgan aber heftige und einstimmige Ver-

urteilung erfuhr. Dann sprach Döblin. Der Vorsitzende wollte ihm das Wort außer der Reihe geben; aber die Versammlung verlangte klärend, daß er sich in die Rednerliste eintragen lasse und in der geschäftsordnungsmäßigen Reihe rede. Das durch alle Vorkommnisse der letzten Zeit gewekte demokratische Gefühl der Masse empörte sich gegen alles, was entfernt nach Autokratie ausah. Aber dann verzichteten ihrer acht Redner zugunsten Döblins aufs Wort, obgleich sie im Rededuell seine Gegner waren. Mehrfach, namentlich im Anfange unterbrochen, konnte er sich aber halb Geltung verschaffen. Und als er endete, spendete man dem guten Redner und dem Verbandsvorsitzenden einen Achtungsbeifall. Erreichen konnte jedoch der Redner nichts. Obgleich der Eindruck seiner Ausführungen durch noch zwei andere Redner nicht verwischt zu werden vermochte, nahm die Versammlung eine Resolution an, welche die Zirkusresolution unterzeichnet und erneut die Einberufung einer Generalversammlung verlangt. 3 bis 5 Stimmen waren nur dagegen. Und einstimmig beschloß man eine Aufforderung an die Kollegenschaft, ebenfalls auf Einberufung einer Generalversammlung zu dringen. — Dem Votum einer Generalversammlung, erklärten die Berliner Buchdrucker, werden wir uns fügen; aber solange durch diese nicht die Gesamtkollegenschaft gesprochen hat, halten wir an unserer Opposition fest.“

Der vom „Vorwärts“ gerühmte „lobenswerte Korpsgeist der Buchdrucker“ scheint demnach ganz im Sinne des „Vorwärts“ sich betätigt zu haben. Wir heidehen die Berliner Buchdrucker nicht um diese „Anerkennung“, auch darum nicht, daß wir aufgehört haben, bei ihnen als Kollege zu gelten. Hoffentlich lassen es die Betreffenden nicht bei der leeren Demonstration bewenden, sondern gehen nun mit dem Tarife auch in bezug auf unsre Person „aufs Ganze“ — die Unterstützung des „Vorwärts“ wird ihnen beim Sturmangriffe nicht fehlen. „Da laß ich über!“ Nur etwas Wasser müssen wir noch in den Wein des „Vorwärts“ gießen. „In höchst sachlicher Weise“ über die gegenwärtige Buchdruckerbewegung geschrieben zu haben, soll ihm angebüchelt von der Versammlung attestiert worden sein. Wir wollen hier nur zitieren, was das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission über die sachliche Haltung des „Vorwärts“ schreibt, um von einer einwandfreien Seite feststellen zu lassen, „daß in diesem Kampfe zwischen „Korrespondent“ und „Vorwärts“ der letztere allen Beifall fand, das Buchdruckerorgan aber heftige und einstimmige Verurteilung erfuhr.“ Das „Korrespondenzblatt“ schreibt in seiner Nummer vom 20. Oktober in bezug auf den „Vorwärts“:

„... In einer solchen Situation ist es für den Außenstehenden doppelt verantwortungsvoll, öffentlich zu diesem Widerstreite der Meinungen Stellung zu nehmen, und doppelte Pflicht, sich der möglichsten Zurückhaltung mit dem eignen Urteile, in der Berichterstattung dagegen der peinlichsten Sachlichkeit zu befleißigen. Leider hat die Tagespresse unsrer Arbeiterbewegung sich nicht durchweg in diesem Rahmen gehalten, und besonders einige der führenden Organe der Partei, die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“, haben weit mehr zur Aufregung der Buchdrucker als zur ruhigen Klärung der Sachlage beigetragen. Obwohl die eingehenden Tarifergebnisse erst am 9. Oktober im „Korr.“ veröffentlicht werden konnten, war die „Leipziger Volkszeitung“ bereits am 6. Oktober mit ihrem Urteile fertig, daß die Zugeständnisse in Anbetracht der gegenwärtigen und künftigen Lebensmittelverwertung kein Äquivalent für eine fünfjährige Wartegeld seien, und daß es begreiflich sei, wenn die bürgerliche Presse, mit Ausnahme der reaktionären Blätter, auf den abermaligen sanktionierten Tarif ein Loblied singt. Der „Vorwärts“ hatte wenigstens sein Urteil bis nach völligen Bekanntwerden des neuen Tarifvertrages verschoben; dann aber

brachte er einen scharfen Vorstoß gegen den letzteren, indem er an den neuen Errungenschaften kein gutes Haar ließ, dagegen die Bedenken gegen einzelne der Abmachungen in maßloser Weise übertrieb.

Man sollte meinen, wenn der „Vorwärts“ so gründlich die Tarifergebnisse be- und verurteilt, wie in seiner Nr. 237, daß er dann wenigstens auf diese Ergebnisse sachlich darstellt oder durch Wiebergabe des vollen Wortlautes der Abmachungen den Lesern selbst die Möglichkeit geboten hätte, sich streng sachlich zu informieren. Das vernichtende Urteil des „Vorwärts“ basiert indes gerade auf seiner lückenhaften Berichterstattung, so daß bei der Masse seiner Leser künstlich der Eindruck erweckt wird, als hätten die Gehilfenvertreter im Vereine mit den Unternehmervertretern die ungeheuerlichsten Dinge beschloffen, so in bezug auf die Affordarbeit und Leistungs-Kaufel für Maschinenleger, auf den tariflichen Organisationszwang und auf die Schadenserjapplicht der Organisation.“

Das „Korrespondenzblatt“ geht sodann auf Einzelheiten ein, dem „Vorwärts“ nachweisend, daß er leichtfertig berichtet und falsche Darstellungen gegeben habe, und sagt dann weiter:

„Von alledem erwähnt der „Vorwärts“ kein Wort, obwohl er in der schneidendsten Schärfe gegen diesen Organisationszwang polemisiert, die Verlegenheiten künstlich aufzäumt und sogar über die Zornutung an die Parteiführerinnen, der Unternehmerorganisation beizutreten, widrigenfalls sie für Verbandsmitgliedlicher gesperrt würden, höhnt. Daß die Parteidruckereien bereits einer Vereinigung, der Partei, angehören oder auch noch eine engere Betriebsvereinigung bilden können, um als solche auf den Boden der Tarifgemeinschaft zu treten — von dieser naheliegenden Verständigung braucht der „Vorwärts“ seinen Lesern nichts zu ver-raten.“

Nach dieser von Sachlichkeit weit entfernten Methode des „Vorwärts“ kann es nicht befremden, daß er auch die Abmachungen über die Haftung der Organisationen maßlos übertreibt. Er zitiert nur den einen Satz:

„Der Verein, dem der Schädiger angehört, haftet dem Geschädigten für Ersatz des ihm entstandenen Schadens insoweit, als sein beteiligtes Mitglied dazu gesetzlich verpflichtet ist.“

Daraus folgert der „Vorwärts“, daß die Organisationen gegenseitig haftbar seien für den Schaden, den ihre Mitglieder einander verursachen, und erklärt: Der Taff Mitleidenschaft redidivus!

Was besagt nun aber der Organisationsvertrag? Die Haftung gilt lediglich für die Durchführung der Entscheidungen der Schiedsinstanzen, über die es in § 5 heißt (folgt die betreffende Stelle).

Klar und deutlich besagt diese Vereinbarung, daß die Haftung beschränkt bleibt auf diejenigen Vertragswidrigkeiten von Prinzipalen oder Gehilfen, die sich gegen die rechtsverbindliche Anerkennung der Entscheidungen des Tarifamtes oder Schiedsgerichtes richten — nicht gegen jeden Kontraktbruch schlechthin. Der Verein haftet ferner nur, wenn der Verurteilte sich der Schadenserjapplicht entzieht. Ueber den Umfang dieser Haftung besagt eine besondere, diesem Paragraph beigefügte Vereinbarung, über die sich der „Vorwärts“ ebenfalls ausschweift, daß der Verein, dem der Geschädigte angehört, nur eine Summe fordern könne, die dem verdienten Lohne während der Kündigungsfrist des Betreffenden entspricht, mindestens jedoch die Höhe eines Wochenlohnes, und daß auch dieser Anspruch abhängig gemacht wird von einer erneuten Entscheidung der tariflichen Instanzen, daß ein Kontraktbruch oder eine Maßregelung vorliege.

Erst eine solche sachliche Darlegung der Tarifabmachungen legt den Leser in den Stand, zu entscheiden, ob die vom „Vorwärts“ daraus gegozogenen Schlußfolgerungen zwingender Natur sind. Man kann sicher recht große Bedenken gegen diese Tarifabmachungen haben, aber dann muß man sie auch in ihrem wirklichen Sinne darstellen, oder, wenn man dazu nicht fähig ist, sie im Wortlaute wiedergeben. Auf beides verzichtet der „Vorwärts“ und verurteilt trotzdem die Abmachungen ganz ungeniert in Aufsch und Wogen. Wenn die Parteipresse ihre Aufgabe darin erblickt, die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Vertreter aufzuregen und scharf zu machen und

einer Gewerkschaft in kritischer Situation die möglichsten Schwierigkeiten zu machen, so hat der „Vorwärts“ darin sicher den Rekord erreicht. Wir meinen indes, daß dies nicht Aufgabe der Parteipresse sein kann, sondern daß die letztere sich in solchen Situationen mit ihrem Urteile möglichst zurückhalten und die Beurteilung den in Frage kommenden Mitgliebschaften selbst überlassen muß, daß sie aber bei Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder in erster Linie sachlich klärend und zu ruhiger Prüfung und Abwägung mahnend eingreifen soll. Oder wer soll die Gehilfenchaft aus dem Dilemma herausführen, welches die durch die zersetzende Kritik von außen geförderte Ablehnung des Tarifwerks herbeiführen muß? Will der „Vorwärts“ oder die ihm sekundierenden Parteiblätter etwa die Verantwortung dafür übernehmen, daß der durch eine künstlich gesteigerte Tarifopposition veranlaßte Kampf unter allen Umständen glücklich durchgeführt wird? Gewiß, wir zweifeln nicht daran, daß der Buchdruckerverband in den namhaftesten Städten bei einem solchen Kampfe weit mehr herauszuschlagen könnte, als der Tarif gebracht hat. Aber dieser Kampf würde zugleich den tariflichen Zusammenstoß der Unternehmer zerstören und die hierdurch erreichten Arbeitsbedingungen in kleineren Druckorten gefährden. Das Tarifwerk eines vollen Jahrzehnts würde dadurch vernichtet werden und Einbußen an bereits Erungenem eintreten, die schwerlich durch die weiteren Erfolge einiger Großstädte ausgeglichen würden. Ob ein solcher Kampf kalten Blutes auf der ganzen Linie aufgenommen werden kann, darüber kann nur die Organisation der Buchdrucker selbst entscheiden und vor allem diejenigen ihrer verantwortlichen Instanzen, die imstande sind, die Lage des gesamten Gewerbes zu überblicken und alle Chancen abzuwägen. Die Redaktion eines Parteiblattes aber, die einer Gewerkschaft in solch kritischer Situation dazwischen fährt, die die Blut der Opposition zum hellen Feuer ansieht, das die ganze Organisation gefährden kann, handelt geradezu unverantwortlich! Es ist dies dasselbe Treiben, welches einige unserer Parteiblätter in den letzten Stadien des Ruhrkohlenarbeiterstreiks belieben und das damals vom Bergarbeiterverband in der entschiedensten Weise zurückgewiesen werden mußte. Das muß auch heute geschehen, wenn Parteiorgane, die von keinerlei Verantwortung beschwert sind, zur Verschärfung der Gegenläge in der Buchdruckerorganisation beitragen!!“

Soweit das „Korrespondenzblatt“, und unsere Leser mögen daraus ersehen, wie „wohlverbient“ die Apodixymen waren, die angeblich dem „Vorwärts“ in der Berliner Buchdrucker-Versammlung gelungen worden sind. Allerdings mit solch weitgehendem Wohlwollen unserer Berliner Kollegen sind wir nie belastet gewesen, ganz im Gegenteil, ja wir sind ob unsers sachgemäßen Eintretens für die Interessen des Verbandes nicht einmal Kollege mehr! Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode.

Daß der Ausgang der jüngsten Berliner Versammlung Balsam auf die Wunden der „Leipziger Volkszeitung“ bedeutet, ist klar. Sie jubelt denn auch in einem Zusätze zu dem gleich uns dem „Vorwärts“ entnommenen Versammlungsberichte: Obwohl die Buchdruckergehilfen von allen Seiten auf den „Korr.“ und besonders auf Reichhäuser einhauen, bringt es das Blatt in seiner letzten Nummer fertig, die gegenwärtige Situation im Buchdruckerlager so darzustellen, als ob alles eitel Sonne und Zukunftsmusik zum Tarife sei und nur der „Vorwärts“ und die „Volkszeitung“ gegen den braven „Korr.“ stänkerten. Daß die zehnjährige Verberei das Fell Reichhäusers gegen alle Wölfe aus dem eignen Lager unempfindlich gemacht hatte, ist ja bekannt, daß es aber einen solchen Grad von Unempfindlichkeit erreicht hat, wird selbst die Buchdruckerunternehmer in Erstaunen setzen. Hier sehen sie einmal lebhaftig, was sie an Reichhäuser haben, aber auch die Gehilfen sehen es.

Es hat eine Zeit gegeben, wo wir ebenfalls der naiven Auffassung waren, die „Leipziger Volkszeitung“ erscheine zum Zwecke der Förderung von Arbeiterinteressen. Davon wurden wir sehr schnell und sehr gründlich geheilt, denn der Charakter dieses Revolverblattes kann einem halbwegs denkfähigen Menschen nicht lange verborgen bleiben. Danach bewertet man auch seine Schreibweise. Die Wut, die es in obiger Notiz verpircht, verrät ihre Ursache so offensichtlich, daß sie auch der Einfältigste erkennen kann. All das Bemühen der „L. B.“, bei unseren Kollegen Anklam mit einer Besetzung unserer Person zu finden, ist wirkungslos geblieben. Wir haben die erdrückende Mehrheit der deutschen Kollegen hinter uns, der gegenüber gewisse Negeleien einzelner Mitglieder platt zu Boden fallen. Auch die Mehrheit der Berliner Kollegen steht hinter uns, daran ändert der Terrorismus nichts, der zurzeit in

den Berliner Versammlungen herrscht und von der „L. B.“ als „Demokratie“ gefeiert wird. Wir haben in bezug auf unsre Arbeit das Urteil der deutschen Kollegen nicht zu fürchten, die es jeden Tag in der Hand hat, es auszusprechen. Mag doch die „L. B.“ dieses Urteil provozieren, wenn sie mehr kann als Verleumdungen und Beschimpfen! Damit ist aber ihr Vatein zu Ende, und nur die ganz Dummen erblicken in dem hirnlosen Revolutionarismus der „L. B.“ die Merkmale tatsächlicher Kraft. Ein Organ, dem dührende Male von uns die Förderung der Korruption unter der Leipziger Arbeiterschaft nachgewiesen worden ist, dessen radikales Vermögen sich in der Schaffung einer neuen Streikbrechermoral erschöpft, dem aus dem eignen Lager die nackte Demagogie als Haupteigenschaft ins Gesicht geschleudert wird, ist zweifellos berufen, über die Unempfindlichkeit des „Felles“ eines andern zu orakeln. Wie aber das „Fell“ eines Redakteurs der „L. B.“ beschaffen ist, mag folgende Reminiscenz dartun. Parvus, der nach Sibirien Verbannete, schrieb seinerzeit in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ über einen Redakteur der „L. B.“:

Ein Redakteur fin de siècle. An den Füßen nägelbeschlagene Bauernschuhe, bunt karierte Sohlen, weiße Weste, Frack, die eine Seite blutigrot, die andre eigeil, auf dem Kopfe die pyrrhische Mütze, die nach hinten in einen Schlammsüßgipfel endet, trägt er über die Schulter an schwarz-rot-weißen Bande die Trommel, auf die er mit dem Theaterraketenstabe losschlägt, während er zugleich auf der Nase ein großes Schwert aus Pappe balanciert und mit der linken Hand aus dem Munde buntfarbige Bänder und Stroßfeuer zieht — so eilt er aus Leibeskraft und kommt nicht vom Flecke, weil er die Spuren des linken Fußes sofort mit dem rechten, die Spuren des rechten Fußes mit dem linken verwischt. Durchtrieben und gerieben, hat er es bis zur Virtuosität gebracht in der Kunst, Schläge zu empfangen und verträgt die stärksten Puffer, ohne mit einer Wimper zu zucken.

Die eigne Erfahrung kann man also der Redaktion der „L. B.“ nicht gut absprechen, und es fällt uns nicht ein, die von ihr am eignen Leibe gemachten Erfahrungen zu unterschätzen. Die in „heutigen“ Blättern der „L. B.“ uns gemachten Anwürfe wurden uns „übrigens“ schon früher von Redakteuren der „L. B.“ gemacht, die heute mit schmerzhaftem Behagen wieder bei den vollen Fleischtöpfen der bürgerlichen Ordnung sitzen, und von solchen Redakteuren der „L. B.“, die als Unternehmer ihren Arbeitern ins Gesicht sagen: „Auf Unterhandlungen lassen wir uns nicht ein!“ Im Jahre 1901 stellte der Abgeordnete v. Elm fest, daß die „L. B.“ planmäßig gegen den Verband kämpfe, und diesem Programme ist sie bis heute treu geblieben, um, wenn sie ganz erschreckliche Siege erhalten, dann ihre Angriffe auf Reichhäuser zu konzentrieren.

Aber auch aus der allerneuesten Zeit liegen die Beweise dafür vor, daß die Redakteure der „L. B.“ in der Fähigkeit, sich ohne Murren das Fell geben zu lassen, den Rekord halten. Seit Jahr und Tag regnet es aus einem Teile der Gewerkschaftspresse hageldichte Siege auf die Lebermenschen (Marke Jenseits) in der „L. B.“, und ohne mit der Wimper zu zucken, halten sie den breiten Buckel hin und tragen ihr Deputat nach Hause. Die weiter unten verzeichneten Stimmen aus der Gewerkschaftspresse sagen deutlich genug, welche „Wertschätzung“ die „L. B.“ in der Arbeiterbewegung genießt, und ohne ein Wort der Erwiderung lassen die Demagogen in der „L. B.“ sich diese — allerdings berechtigten — Kritik gefallen, um hinterher sich die schmerzlichen Stellen am „Korr.“ zu reiben. Wir wünschen, ein gütiges Geschick möge uns noch recht lange unempfindlich gegen die Gemeinheiten der „L. B.“ machen, während wir unseren Kollegen nahe legen, sich eventuell nicht mit leeren Redensarten über uns aufzuhalten, sondern konsequent ein der „L. B.“ etwa konform gehendes Bestreben durch bestimmte Handlungen zum Ausdruck zu bringen. Schimpfereien verachten wir, nur die Tat imponiert uns. Hic Rhodus, hic salta!

Nach den neuesten Nummern der Gewerkschaftspresse liegen wiederum die unterschiedlichsten Urteile über unsere Tarifabmachungen vor. Wir registrieren diese Urteile, um unseren Lesern

ein Bild davon zu geben, wie man in anderen Gewerkschaftskreisen sich zur Buchdruckerbewegung stellt.

Die „Allgemeine Gärtnerzeitung“ (Nr. 42) schreibt in einem neuerlichen Urteile:

„Wenn wir uns zu den neuen Abmachungen auslassen sollten, wir müssen gestehen, daß unsre Auffassung sich da fast durchgängig mit derjenigen deckt, die im Leitartikel des „Vorwärts“ am 11. Oktober bekundet wird. In erster Linie kann man nicht billigen, daß immer noch die neunstündige Arbeitszeit hier aufrecht erhalten werden soll, noch fünf Jahre lang oder gar noch länger. Das erschwert und hemmt unheimlich die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung auch in allen anderen Berufen.“

Das Urteil des „Vorwärts“ kennen unsere Leser. Daß gerade die „Allg. G.-Z.“ berufen ist, uns Vorwürfe wegen mangelnder Verkürzung der Arbeitszeit zu machen, beweist sie am besten damit, daß in ihrer neuesten Nummer geradezu grauenhafte Zustände aus der Quedlinburger Gartenbauindustrie mitgeteilt werden. Ausbeutung von Schulkindern, Verwendung von Zöglingen der Zwangsarbeits- und Erziehungsanstalten sowie Soldaten kennzeichnen die Lage der dortigen Gärtnergehilfen, denen Stundenlöhne von 11, 12 $\frac{1}{2}$, 15, 16, 17 $\frac{1}{2}$ und 18 Pf. gezahlt werden. Arbeiterinnen erhalten 10 bis 11 $\frac{2}{3}$ Pf. Lohn pro Stunde. Als „Monatsgehälter“ werden 45, 54, 57 und 68 Mk. gezahlt. Die Arbeitszeit ist eine nahezu unbeschränkte. „Die Arbeitskräfte werden durch jene Ausbeutungsmethoden körperlich und geistig degeneriert“, schreibt die „Gärtnerzeitung“. — und weiß nichts Besseres zu tun, als unsern Tarifabschluß zu bekämpfen!

Der „Photographische Mitarbeiter“ (Nr. 8) meint, daß die Vorteile, die von den Buchdruckern errungen sind, gegen die Nachteile gering erscheinen. Wie froh wären doch die Fotografen, wenn sie für ihr ganzes Gewerbe einen solchen Tarif hätten!

Die „Bergarbeiterzeitung“ (Nr. 42) spricht sich mehr referierend aus und enthält sich eines besonderen Urteils.

Der „Textilarbeiter“ zitiert kurz das Urteil des „Vorwärts“ ohne weitere Bemerkungen.

Der „Korrespondent“ für Gutmacher erläutert den materiellen Erfolg und sagt zum Schluß:

„Will sich ein Unternehmer seine leistungsfähigeren Arbeiter erhalten, wird er ihnen, trotzdem sie ein tarifliches Anrecht nicht haben, ebenfalls Lohnzulagen geben müssen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, bedeutet der Tarifabschluß einen netten Erfolg. Enttäuscht hat nur die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich fünf Minuten. Ein kräftiger Vorstoß der Buchdrucker zur Verkürzung der Arbeitszeit hätte sicher anregend und befruchtend auf die Massen gewirkt, welche leider noch eine viel längere Arbeitszeit haben wie die Buchdrucker. Im großen und ganzen liegt kein Anlaß vor, über die Vereinbarungen der Buchdrucker heranzuziehen, wie es von gewisser Seite geschieht. Unser stiller Wunsch ist, wären wir doch auf der ganzen Linie in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit so weit wie die Buchdrucker.“

Die „Metallarbeiterzeitung“ beschäftigt sich in etwa 400 Zeilen mit unseren Abmachungen, dieselben einer objektiven Kritik unterziehend. Interessant ist, was das Organ der größten deutschen Gewerkschaft über die Quertreibereien der Parteipresse sagt. Es heißt dort u. a.:

„Ein Teil der Parteipresse nimmt in einer Weise gegen den Buchdrucker und gegen die Gehilfenvertreter Stellung, daß man meinen könnte, an den Redaktionen dieser Blätter wäre der Mannheimer Parteitag spurlos vorübergegangen. Sie behandeln den Tarif in einer Weise, die weit über die Grenzen einer sachlichen Kritik hinausgeht. Als im vorigen Jahre einige Gewerkschaftsblätter zu dem Vorwärtskonflikte Stellung nahmen, hieß es: „Hände weg! Das ist eine Parteiangelegenheit; da hat die Gewerkschaftspresse sich nicht einzumischen!“ Wir wollen nun keineswegs ebensowei geben und ausrufen: Der Buchdrucker ist eine Gewerkschaftsangelegenheit und im besondern eine Angelegenheit der Buchdrucker selber. Verlangen kann man aber in diesem Falle, die Arbeiter selber entscheiden zu lassen, die unter dem Tarife zu arbeiten haben und selber am besten beurteilen können, ob er ihnen nützlich oder schädlich ist... Selbstverständlich haben die Angegriffenen nicht unterlassen, sich zu verteidigen. Da aber infolge der einseitigen Berichterstattung etlicher Parteiblätter viele von denen Lesern ein falsches Bild davon bekommen müssen, halten wir es für ein bringendes Gebot der Gerechtigkeit, wenigstens für unsere Kollegen diese Berichterstattung zu ergänzen.“

Die „Metallarbeiterzeitung“ geht dann auf alle Einzelheiten ein und fährt fort:

Trotz aller Opposition von berufener und unberufener Seite scheint bei den Buchdruckern die erste Aufregung darüber, daß nicht alles Wünschenswerte erreicht worden ist, allmählich zühigeren Erwägungen Platz zu machen. Schon liegen aus einer Reihe größerer Druckorte (darunter Frankfurt a. M., Breslau, Hamburg, Offenbach, Kiel, München, Stettin, Barmen, Bremen, Hannover, Dresden, Ulm, Nürnberg, Fürth, Magdeburg, Bielefeld, Wachen) Nachrichten vor, daß der Tarif doch schließlich angenommen worden ist. Auch in Leipzig kam es in einer Buchdrucker-versammlung am 17. Oktober zur Annahme. Die Leipziger Volkszeitung leitet den Bericht über diese Versammlung in folgender, von sinnloser Gefäßigkeit zeugender Weise ein:

Die Buchdruckerunternehmer haben's erreicht. Den Verbandsaguren ist es gestern abend gelungen, die von mehr als 3000 Leipziger Buchdruckergehilfen in der Albertstraße tagende Versammlung gründlich einzufleischen, so daß diese sich mit den Tarifabmachungen einverstanden erklärte, wenn auch unter allerlei Wenn und Aber und unter allerdings völlig wertlosen Vorbehalten. Der Herr Kor. kann nur sein Bedauern über die Fruchtlosigkeit seiner Erziehungsmethode, von der er unlängst nach der Sanssoucierversammlung sprach, weil diese den Tarifvertrag nicht unbeschadet geschluckt hatte, wieder zurücknehmen, denn gestern hat sich's ja gezeigt, daß dessen Erziehungsmethode, den Kollegen unausgesetzt Angst vor einem Streik und einer Niederlage zu machen und dann unausgesetzt gegen die Parteipresse zu beflecken, sehr gut behält.

In demselben Tone geht es weiter. In ähnlicher, niederträchtiger Weise hat die Leipziger Volkszeitung hinter der ganzen Buchdruckerbewegung aus Unlaß des neuen Tarifes hergelaßt. Da muß man sich doch fragen: Ist dies im Sinne des Mannheimer Parteitags gehandelt? Ist dies das richtige Mittel, um die Gewerkschaft mit sozialistischem Geiste zu erfüllen? Man benutze doch lieber den zum Herunterreißen des Buchdrucker Tarifes verschwendeten Raum zur Propaganda des Sozialismus! Das wäre nützlich und notwendig. Die Leipziger Volkszeitung scheint aber zu fürchten, daß ihre Rolle in der Arbeiterbewegung ausgepielt ist, wenn es einmal nichts mehr zu stänken gibt. Sie wird aber schließlich weiter nichts erreichen, als daß man sie — und vielleicht auch noch den Teil der Leipziger Parteigenossen, der sich so etwas gefallen läßt — schließlich nicht mehr ernst nimmt.

Der „Grundstein“, das Organ der Maurer, geht in zwei Nummern auf den Tarifvertrag ein und weist ebenfalls die Hezekieren der „Leipziger Volkszeitung“ auf das Entschiedenste zurück. Der „Grundstein“ sagt in dieser Beziehung unter der Spitzmarke: „Im alten Geiste“:

Nun ist zweifellos der Buchdrucker tarif eine Angelegenheit, die die ganze Öffentlichkeit und besonders die Arbeiterschaft lebhaft interessiert. Darum ist es ganz in der Ordnung, wenn sich auch die Parteipresse damit beschäftigt und das Für und Wider sorgfältig abwägt. Dagegen wird kein Mensch etwas sagen können. Nur muß diese Stellungnahme der Parteipresse danach angetan sein, der Sache zu nützen. Das kann man aber nicht sagen von der Art und Weise, wie die Leipziger Volkszeitung die Angelegenheit behandelt. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Was hat die Tarifrevision den Buchdruckern gebracht?“ geht sie die Tarifpositionen durch und kommt natürlich zu dem Schlussergebnisse, daß sie den Gehilfen nur Verschlechterungen, aber keine Verbesserungen gebracht habe. In diesem ist die Besprechung des Tarifes ziemlich kurz ausgefallen; worauf es der Leipziger Volkszeitung offenbar hauptsächlich ankam, war die Verleumdung der Gehilfenvertreter, die an den Verhandlungen teilnahmen. Von ihnen heißt es: „Unter den Gehilfen ist die Mißstimmung gegen die Gehilfenvertreter; die ihre Auftraggeber geradezu verraten und verkauft haben, allgemein.“ Mit solchen Ausdrücken belegt dies Blatt die Vertreter einer freien Gewerkschaft, die sicher mit reinster Absicht und redlichstem Bemühen die Interessen ihrer Kollegen vertreten haben! Das ganze, eines Arbeiterblattes unwürdige Getöse verfolgt den Zweck, die Mitglieder des Buchdruckerverbandes gegen die Verbandsleitung aufzuheizen. Geboren wird diese Absicht aus dem wilden Hass gegen alles, was nicht den sinnlosen Vorurteilismus dieser Leute mimacht. Zeugnisse für diesen Haß liefert der von uns erwähnte Artikel der Leipziger Volkszeitung — duzenweise. . . Da fragt man sich unwillkürlich: ist das das Ergebnis von Mannheim? Sind alle Aussprüche, die dort zwischen den berufenen Vertretern der Partei und der Gewerkschaften stattfanden, belanglose Wortspiele gewesen? Soll eine z-bellebige Literatengruppe das Recht haben, sich über all das, was die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit will, mit frecher Verachtung hinwegzusetzen? In einem andern Artikel meinte die Leipziger Volkszeitung, die Gehilfenvertreter der Buchdrucker hätten sich bei den Verhandlungen schwerlich noch als Arbeiter gefühlt. Aus diesem Satze spricht ihre ganze Demagogie. Sie versucht sich als Vertreterin der „schwiegerigen Faust“ aufzuspielen, um die Arbeitermassen auf ihre Seite zu bringen. Mit viel größerem Rechte könnte ihr aber entgegengehalten werden, daß ihre leitenden Geister das Arbeiterleben nur vom Hörensagen kennen, und vor allen Dingen

den Befähigungsnachweis zur Mitwirkung in wirtschaftlichen Kämpfen erst zu erbringen haben. Das gegenwärtige Spiel der Leipziger Volkszeitung ist ein gefährliches Spiel; alle Gewerkschaften sind daran interessiert, es gleich im Keime zu ersticken. Die Durchkreuzung aller taktischen Pläne bei umfang- und verantwortungsreichen Lohnbewegungen wird heute bei den Buchdruckern versucht, morgen vielleicht in der Metallbranche, übermorgen kann sie es im Baugewerbe oder in irgend einem andern Gewerbe versuchen. Welche Schädigungen der kämpfenden Arbeiterschaft daraus erwachsen können, ist gar nicht abzusehen. Darum wollen wir ihr gleich bei dem ersten Versuche bedeuten, daß sich die Gewerkschaften dies höchstwahrscheinlich recht energisch verbitten werden.“

Die „Fachzeitung für Schneider“ äußert sich ebenfalls eingehend zu den Abmachungen und sagt zum Schlusse:

„Zurzeit wird in Buchdruckerreisen das Ergebnis der Tarifverhandlungen lebhaft diskutiert. Teilweise tritt eine scharfe Opposition gegen den Vertrag in die Erscheinung. Noch ist es un möglich, sich ein abschließendes Urteil zu bilden, welche Aufnahme derselbe in Gehilfenkreisen gefunden hat, denn ebensoviel Orten, die den Tarif abgelehnt haben, stehen andere gegenüber, die sich für denselben erklärt haben. Auch die Parteipresse hat zum Teile einen scharf ablehnenden Standpunkt dem neuen Tarifvertrage gegenüber eingenommen. Wir sind der Meinung, daß das Urteil darüber den Buchdruckern selbst zusteht, nur sie sind kompetent, darüber zu entscheiden, ob er ihren Interessen entspricht. Mag man über den Inhalt des Tarifvertrags immer denken, wie man will, er ist ein Beweis dafür, welchen Einfluß sich die Buchdrucker durch ihre gute und starke Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen haben.“

„Der Löffel“ sagt in seinem neuerlichen Urteile (Nr. 48) nach einer sachlichen Besprechung des Tarifes zum Schlusse:

„Im übrigen möchten wir noch eins sagen: Die zuständige Korporation, über das neue Tarifverhältnis im Buchdruckerberufe zu befinden, ist der Deutsche Buchdruckerverband. Dieser muß entscheiden, ob er die Tarifvereinbarungen anerkennt oder nicht. Er kennt seine Chancen, er muß allein darüber befinden, ob er einen eventuellen Kampf weiterer Erfolge halber aufnehmen kann oder nicht. Nur der Verband der Buchdrucker hat einen Ueberblick über die Gesamtlage seines Arbeitsmarktes, darum darf keine andre unberufene Instanz sich in die häuslichen Angelegenheiten der Buchdrucker einschleichen. Speziell in der Zeit der leidenschaftlichen Erregungen und Auseinandersetzungen über Aufnahme oder Nichtannahme des neuen Vertrags haben andere Korporationen oder Zeitungsreaktionen sich die größte Zurückhaltung aufzuerlegen, und wenn sie dennoch Stellung nehmen, dies in äußerst reservierter und leidenschaftsloser Weise zu tun. Dies aber haben wir diesmal bei einigen Parteiblättern vermisst, können aber von der Gewerkschaftspresse sagen, daß hier Objektivität und eine ruhigere Beurteilung der Sachlage vorhanden gewesen ist.“

Das „Schuhmacherfachblatt“ ist bemüht, sein erstmaliges objektives Urteil in das Gegenteil zu verkehren. Nach einer Beurteilung der Gehilfenvertreter, weil sie, ohne erst die Masse zu fragen, bindende Verträge eingegangen seien, sagt das Organ der Schuhmacher kurz und bündig:

„Wenn so große Gewerkschaften mit 90 Proz. Organisiert und fünf Millionen Kassenbestand in einer Zeit günstiger Geschäftslage nichts weiter erreichen können als einen so kläglichen Vertrag, dann steht es schlimm um dieselbe.“

Die „Allgemeine Steinsetzerzeitung“ geht ebenfalls in einem Leitartikel auf den neuen Tarif ein, würdigt denselben in der von der „Allgemeinen Steinsetzerzeitung“ gewohnten objektiven Weise und sagt bezüglich der „Mitwirkung“ der Parteipresse: „Was nun dieser Protestbewegung gegen den neuen Buchdrucker tarif einen besonderen Charakter verleiht, ist die Tatsache, daß einige Parteiorgane, allen voran die Leipziger Volkszeitung und „Vorwärts“, sich nicht nur zum getreuen Sprachrohre der Protestler machen, sondern daß dieselben die Opposition gegen den Tarif in der denkbar schärfsten Weise führen. Es ist dies ein Verfahren, gegen das vom gewerkschaftlichen Standpunkte denn doch Einspruch erhoben werden muß. Es ist ja nicht das erste Mal, daß den Buchdruckern das passiert, und der Herr Kor. hat darin nicht ganz Unrecht, wenn er feststellt, daß der „Vorwärts“ bei Tarifabschlüssen anderer Gewerkschaften, bei denen es sich auch um weittragende Bestimmungen gehandelt, kein Wort gesagt hat. Es will uns auch bedünken, daß die Ausrede des „Vorwärts“, da habe es sich nur um kleinere Gewerkschaften gehandelt, recht lahm ist; bei Fragen von prinzipieller Bedeutung kann es doch nicht darauf ankommen, ob es sich um einen größeren oder kleineren Kreis von Personen handelt. Wir wollen mit diesen Worten nicht sagen, daß wir den neuen Buchdrucker tarif in allen Teilen unbedenklich akzeptieren. Aber wir meinen auch, eine sachliche Kritik hat sich nicht bloß darauf zu beschränken, die Schattenseiten hervorzuheben, sondern sie muß auch nach Lichtseiten

suchen, wenn solche vorhanden sind. Mit aller Entschiedenheit muß daher verurteilt werden, wenn die Leipziger Volkszeitung sich erdreistet zu schreiben, daß die Vertreter der Buchdruckergehilfen bei den Tarifverhandlungen, ihre Auftraggeber geradezu verraten und verkauft haben.“ Es ist eine Unverschämtheit, so etwas von Gewerkschaftsvertretern zu schreiben; und der dieselbe auf dem Gewissen hat, der hat ganz gewiß noch nie in seinem Leben für Arbeiter auch nur einen Pfennig Lohnerbhöhung bei Verhandlungen mit Unternehmern herausgeholt! Jedenfalls ist es ein seltsames und für die Arbeiterschaft insgesamt kein erfreuliches Bild: Zwei führende Parteiorgane in trauter Harmonie mit Stöder und dem verbissenen Tarifgegner Dr. Kille gegen den Buchdrucker tarif Sturm laufen zu sehen! . . . Jedenfalls sind wir der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Arbeiterpresse sein kann, in der Weise, wie es zum Teile leider geschehen, ein Werk herunterzusetzen, das — es mag nicht vollkommen sein — doch bis jetzt unbefristet das größte seiner Art ist, und das nicht nur von allen anderen Gewerkschaften erstrebt wird, sondern um das diese zum Teile schon die erbittertesten Kämpfe geführt haben und vielleicht ferner noch werden führen müssen. Wenn die betreffende Arbeiterschaft glaubt, mit dem Erreichten nicht zufrieden sein zu können, so ist das ihre Sache. Nicht aber ist es Sache der Arbeiterpresse, das Wert, das ehrliche Arbeiter, gestützt auf das Vertrauen ihrer Kollegen, haben schaffen helfen, und denen man auch den guten Willen nicht abschreiben kann, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt waren, die Interessen ihrer Auftraggeber zu wahren — nicht, sagen wir, ist es Aufgabe der Parteipresse, dieses Wert als Verrat an der Arbeiterschaft oder als einen Ausfluß schlimmster Unfähigkeit und Unternehmungslosigkeit hinzustellen.“

„Die Uebersicht“, das Organ der Porzellanarbeiter, bringt einen umfangreichen Leitartikel an der Spitze ihrer Nummer 43 und sagt darin a. u.:

„Die Arbeiter haben keinen Grund, die erlangten Resultate als zu minderwertig zu betrachten. . . . Freilich, die Buchdrucker haben nicht alles erlangt, aber sie haben manches und in gewisser Hinsicht viel erreicht. . . . Mögen den einzelnen Kreisen der Gehilfen die neuen Tarifabschlüsse nicht weitgehend genug erscheinen, mag das Erreichte auch mit neuen Zugeständnissen an die Unternehmer erkaufte sein, das eine steht fest: Für die Buchdrucker im allgemeinen gilt die Tarifänderung als ein Fortschritt, der durchaus nicht zu unterschätzen ist. Man denke: 10 Proz. Lohn-erhöhung für die Arbeiterschaft einer ganzen Berufs-kategorie. Noch keine Arbeiterschaft eines andern Gewerbes in Deutschland hat, unserer Kenntnis nach, einen solchen Erfolg erzielt. Und dieser Erfolg heißt, wenn man die Arbeitervertreter im Tarifausgüsse auch noch so stark angreift und ihre Haltung kritisiert.“

In längeren Ausführungen beschäftigt sich die „Uebersicht“ auch mit dem Organisationsvertrage, an dem sie glaubt einiges Schädliche entdeckt zu haben, sagt zum Schlusse:

„Es erkennen wir denn die Fortschritte des neuen Tarifabschlusses voll an und überlassen es den organisierten Buchdruckern, mit den Nachteilen des Tarifabkommens fertig zu werden. Die Organisation der Buchdrucker ist stark genug, und wir können ihr vertrauen. Diese Arbeiterschaft ist immer allein fertig geworden, und wird es auch künftig werden. Darum sehen wir auch trotz des Vertrages keine dauernde Gefahr für sie.“

Der „Ledearbeiter“ (Nr. 30) läßt sich in einem Artikel nach Besprechung der materiellen Ergebnisse noch wie folgt aus:

„Die Abschließung dieses Tarifvertrages hat wieder sehr viel Staub aufgewirbelt. Unter den Buchdruckern selbst ist die Stimmung geteilt. In Berlin, Offen und anderen Orten ist der neue Vertrag abgelehnt worden, in den meisten Druckorten dürfte er jetzt aber schon akzeptiert sein. Sogar in Leipzig ist er von der Gehilfenschaft akzeptiert worden, trotz der geradezu schmutzigen Bekämpfung des Tarifes durch unser dortiges Arbeiterblatt, die Leipziger Volkszeitung.“ Geht die Abschließung des Vertrages auch in erster Linie die Buchdrucker selbst an, und muß man die Entscheidung über den Wert des Tarifes auch ihnen vor allem zuerst zugeheben, so wird doch deshalb kein Mensch der Parteipresse und insbesondere den anderen Gewerkschaften die Kritik des neuen Vertrages verbieten wollen. Alle diese Kritik muß sich doch in sachlichen Bahnen bewegen. Die Leipziger Volkszeitung schreibt aber unter anderem: „Unter den Gehilfen ist die Mißstimmung gegen die Gehilfenvertreter, die ihre Auftraggeber geradezu verraten und verkauft haben, allgemein.“ Mit diesen Worten wird weiter nichts bezweckt, als die Gehilfen gegen die Verbandsleitung aufzuspielen. Als ob alle diese Vertreter der Gehilfenschaft nur deshalb ihre beste Kraft für das Gedeihen der Organisation und die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingesetzt hätten, um ihre Kollegen und ihre eigene Arbeit bei erster bester Gelegenheit an die Unternehmer zu verkaufen! Weiter schrieb die Leipziger Volkszeitung, daß sich die Vertreter der Gehilfen bei den Verhandlungen schwerlich als Arbeiter gefühlt hätten! Das ist wahre Demagogie. Die leitenden Personen der „Uebersicht“ können doch die Arbeit und das Arbeiterleben nur vom Hörensagen, mit welchem Rechte können sie

wirklichen Arbeitern das Empfinden für die Not der Arbeiter abspüren? Es ist der Appell an die stielige Faust von Leuten, die sich selbst ihre Stiefel im Leben noch nicht selbst gepußt haben. Und die Befähigung zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe sollen die leitenden Personen der A. B. doch noch erst erbringen, während die Vertreter der Gehilfen in der Führung solcher Kämpfe ergraut sind. Es ist tief bedauerlich, daß einige Tage nach dem Mannheimer Parteitage ein Arbeiterblatt in so perfider Weise gegen die Vertreter einer Gewerkschaft loszieht. Auch wir und wohl jeder hat etwas an dem Tarife auszusetzen. . . Die Frage muß immer so gestellt werden, ob unter den obwaltenden Verhältnissen im Gewerbe und unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftskontunktur sowie der Machtstellung der beiden Gegner, das für die Gehilfen Menschenmögliche herausgeholt ist. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, dürfen wohl die Vertreter der Gehilfen alles getan haben, um die Interessen der Gehilfen zu wahren. Dann aber können die Gehilfen auch ruhig, unter Wahrung berechtigter Kritik, dem Tarife zustimmen mit dem Willen, das nächste Mal besser machen. Die Möglichkeit dazu liegt in der entsprechenden Stärkung ihrer Organisation.

Das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 21) der Tapezierer bringt einen Leitartikel über unsern neuen Tarif und hat für denselben nur wenig Sympathien übrig. Das Blatt findet eine Menge Dinge in unserm Tarife, welche angeht die Gehilfenschaft schädlich sein sollen. Gehässig sagt es u. a.: „Die Vertreter der deutschen Buchdruckergehilfen werden es schon verstehen, die Tarifpreise schmachthaft zu garnieren, so daß die Gehilfenschaft denselben in aller Seelenruhe verpeißt.“ Und an einer andern Stelle heißt es: „Die Herren Kommerzienräte, die Führer des Buchdruckervereins, werden schon dafür sorgen, daß die Gehilfenschaft nicht gar zu üppig wird.“ Die „Sachlichkeit“ des Urteils des oben erwähnten Gewerkschaftsblattes dürfte nach diesen Stichproben über allem Zweifel erhaben sein.

„Die Einigkeit“, das zielbewusste Papier der Lokalfisten, darf im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“ natürlich nicht fehlen, wenn es gilt, irgend eine Maßnahme oder ein Abkommen irgend eines Zentralverbandes herunter zu reißen. Gleich zwei Seiten lang fällt sie über unsern Verband, den neuen Tarif und namentlich die „Korr.“-Negativität her. Unsere Leser werden jedenfalls darauf verzichten, die ganze Weisheit jenes Organs kennen zu lernen. Einige Proben davon genügen schon. So zieht sie eine Parallele zwischen dem Buchdruckerverbande und dem Köpener Falle wie folgt:

„Wem fällt wohl bei einer kritischen Betrachtung des Köpener Falles nicht die frappante Ähnlichkeit auf, welche die hier bewiesene militärische Disziplin mit einer andern Disziplin hat, welcher jedoch die — deutschen organisierten Buchdrucker zum Opfer gefallen sind? Unser Standpunkt zu der in den Zentralverbänden systematisch betriebenen Aufhebung des Bestimmungsrechtes der Mitglieder, der Verhöhnung des demokratischen Prinzips durch das Führertum ist ja bekannt genug, als daß wir es nötig zu haben glauben, hier das Inverbindungbringen des Buchdruckerverbandes mit dem im Falle des Köpener Talmihauptmannes festgestellten militärischen Kadavergehorsam erst lang und breit zu rechtfertigen. Hier wie dort ist einzig jene Strafe, Disziplin, die bei dem Charakter des Militärwesens noch allenfalls bis zu einem gewissen Grade begründet ist, die Triebfeder zu jener grenzenlosen Blamage gewesen, welche die durch ihre „Experten“ um ihre guten Ansprüche an die Unternehmer gebrachten Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes mit den von dem Herrn Hauptmann um 4000 Mk. erleichterten Köpener Stadtwerken teilen. Was beide Fälle einander noch besonders ähnlich macht, ist jene Vertrauenslosigkeit, die hier wie da an den Tag gelegt worden ist, die man für gewöhnlich nur bei jener Sorte biederer Provinzialen findet, die beim Besuche Berlins zuweilen das Mißgeschick haben, einem Ringnepper in die Hände zu geraten.“

Daß der „Kapitalistenrecht Neghäuser“ seinen Teil abbekommt, versteht sich bei der „Einigkeit“ von selbst. Und unsere Berliner Kollegen jubeln solchen „sachlichen“ Ausführungen zu!

Kurz vor Schluß der Redaktion geht uns die neueste Nummer des „Vorwärts“ zu, in welchem die Geschäftsleitung der Druckerei des „Vorwärts“ unter der vielversprechenden Ueberschrift „Wieder einmal Neghäuser“ sich gegen die von uns erhobenen Beschuldigungen über die Kontrolle der Maschinenfeger im „Vorwärts“-Betriebe zu verteidigen sucht. Daß dies in der dem Reichstagsabgeordneten Fischer eignen „Form“ geschieht, ist

selbstverständlich. Döblin und Massini werden dabei gegen uns auszuspielen versucht. Im übrigen besteht die ganze Verteidigung aus einem Schimpfbuffett à la „Leipziger Volkszeitung“. Wir kommen auf die Schmiererei der genannten Geschäftsleitung in nächster Nummer zurück.

Korrespondenzen.

Arnberg. Am 14. Oktober wurde im Gasthose Teipel eine Allgemeine Buchdruckerversammlung abgehalten. Außer den vollständig erschienenen Mitgliedern von hier hatten sich noch fünf Kollegen von Reheim und zwei Nichtmitglieder eingeschrieben. Kollege Baumgarten-Dotmund hatte das Referat übernommen. In einer halbstündigen Rede löste er seine Aufgabe in meisterhafter Weise, indem er die Geschichte und Ziele des Verbandes den Zuhörern in klaren Worten vor Augen führte. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Unter der hiesigen Kollegenschaft hat ein großes Interesse für den Verband Platz gegriffen; ist doch seit Jahresfrist die Mitgliederzahl auf das Doppelte gestiegen, so daß wir nunmehr endlich in der Lage sind, der Einführung des Tarifes den nötigen Nachdruck zu geben, um auch hier eine der allgemeinen Teuerung entsprechende Bezahlung zu erlangen.

Deffau. (Maschinenmeisterverein.) Endlich sind auch wir einmal in der Lage, etwas Erreuliches von unserm Vereine zu berichten. Zum erstenmale seit Bestehen desselben wird im kommenden Winter ein fachtechnischer Kursus abgehalten, und zwar ein Ausschneidekursus. Zu diesem Zwecke hat uns auf Ersuchen das Kuratorium der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule bereitwillig ein Klassenzimmer zur Verfügung gestellt, welches Raum und Licht genug für eine größere Teilnehmerzahl bietet. Ebenso übermittelten uns die Kollegen Hoyer-Berlin und Hesselbarth-Leipzig in entgegenkommendster Weise Lehrplan und Material, so daß der Kursus am 21. Oktober beginnen konnte. Die Unterrichtsstunden sind für jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags festgelegt, als Lehrer fungiert Kollege Weber. Es ist nun an den Mitgliedern, diese Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu bereichern, wahrzunehmen, so daß wir den unserm Vereine gestellten Aufgaben auch in dieser Hinsicht gerecht werden können. Auch Seherkollegen sind als Teilnehmer am Unterrichte willkommen.

Düsseldorf. Wir fordern eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit und eine 10prozentige Lohnerhöhung für sämtliche Gehilfen! Matate dieses Inhaltes begrüßten von den Vätern des Versammlungslokals die Teilnehmer der am 14. Oktober abgehaltenen Bezirksversammlung, in welcher der „Gehilfenvertreter“ Rabe-Krefeld Bericht erstattete über die Tarifverhandlungen, und auf diesen Grundton war auch der Verlauf der Versammlung abgestimmt. Kollege Rabe eröffnete seinen in großen Zügen gegebenen Bericht mit der Versicherung, daß auch die Gehilfenvertreter durchaus nicht befriedigt nach Hause gefahren seien; aber unter den obwaltenden Verhältnissen sei das, was sie mitgebracht hätten, das einzig Erreichbare gewesen. Nachdem er kurz die einzelnen Positionen gestreift, richtete Redner am Schluß seiner Ausführungen die Mahnung an die Versammlung, objektiv zu urteilen und nicht das ganze schwierige Werk zu verwerfen, sondern mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Die von mehreren Mißfallsäußerungen und teilweise recht drastischen Zwischenrufen unterbrochenen Worte fanden keinen Widerhall, vielmehr wurden die Worte des Vorsitzenden als der Ausdruck dessen anerkannt, was auch die Wütische der Versammlung seien. Dieser ging zunächst die Positionen durch und betonte an erster Stelle die Ungünstigkeit der 10prozentigen Lohnerhöhung, die nur dann als akzeptabel bezeichnet werden könne, wenn von der Erhöhung auch alle Kollegen betroffen würden. Unbedingt zur Durchführung hätte die 8 1/2 stündige Arbeitszeit gelangen müssen, die wöchentliche halbe Stunde müsse als Lohn auf die Westretungen der gesamten Arbeiterbewegung bezeichnet werden. Hierbei wäre es an der Zeit gewesen, den Prinzipalen gegenüber Rückgrat zu zeigen und von dieser Forderung nicht abzugeben. Die speziell für Rheinland-Westfalen so ungemein wichtige Aufhebung der Kompensierung der Feiertage habe in ihrer jetzigen Neugestaltung für die beteiligte Kollegenschaft eine Verschlechterung gebracht. Redner ging noch des näheren auf die Schädigungen ein, welche durch die Einführung des Berechnens an den Segmaschinen entstehen werden, und leitete dann mit der Verlesung eines Versammlungsberichtes über die am Freitag zuvor hier abgehaltene Versammlung der Prinzipale des Tarifrates II zu dem Organisationsvertrage über. An der Hand der dort gepflogenen Verhandlungen konnte nachgewiesen werden, daß die rheinisch-westfälischen Prinzipale es auch diesmal wieder meisterlich verstanden haben, sich ein Hintertüchlein offen zu halten, durch das ihr Schlingel, das christliche graphische Verbändchen, Arm in Arm mit seinem Bundesgenossen Gutenbergsbund hindurchschlüpfen kann. Im übrigen habe dieser Vertrag sehr viele Bestimmungen aufzuweisen, die eine Aktionsfähigkeit unserer Organisation völlig lahmlegen, so besonders die auch in unsern Organen bisher mit Recht bekämpfte Haftbarmachung der Organisation für die Vergehen einzelner. Unter tosendem Beifalle forderte Redner zum Schluß die Versammlung auf, Tarif und Vertrag einstimmig abzulehnen. Der folgende Redner, welcher durch eine von ihm eingebrachte Resolution den Vertretern Anerken-

nung für ihre mühevollen Arbeitsleistung aussprechen wollte und die Annahme des Erreichten empfahl, wurde durch das Eintreffen des Berliner Resultates unterbrochen, das mit stürmischem Beifalle begrüßt wurde. Die weiteren Redner sprachen sich ausschließlich für die Ablehnung aus und betätigten hauptsächlich den Organisationsvertrag. Auf Grund von Auslassungen der „Zeitschrift“ und der Verhandlungen der oben erwähnten Prinzipalsversammlung sei als sicher anzunehmen, daß der Gutenbergsbund in die Tarifgemeinschaft mit aufgenommen wird, was der Schaffung eines „unparteiischen“ Vorsitzenden in der Person eines Juristen mit zu danken ist, wodurch „ein Beschluß, wie der über die Aufnahme anderer Organisationen, selbst dann möglich sein wird, wenn sämtliche Vertreter einer Seite im Tarifräte widerprechen“. (Wörtlich aus dem Referate des Prinzipalsvertreters Otto-Krefeld.) Aus der „Zeitschrift“ erfuhr man auch, wozu im „Korr.“ noch mit keiner Zeile Erwähnung getan sei, daß nicht nur die über 50 Jahre alten Gehilfen nicht dem Organisationszwange unterliegen, sondern überhaupt alle, nur daß diese also „vorläufig noch nichts vom Verbandszuge befürchten haben“. Einen Eingriff in die vitalen Interessen unsers Verbandes bedeute es auch, wenn es uns nicht mehr gestattet sein soll, Mitglieder aus unsren Reihen auszuschließen, die für gegnerische Gewerkschaften agitieren. Dies würde unsern Ausschüsse aus der Generalkommission gleichkommen. Des weitern wurde im Gegensatz zum Gehilfenvertreter und zum „Korr.“ hervorgehoben, daß die Gehilfenschaft durch keine Macht gezwungen werden könne, diesen Abmachungen ihre Zustimmung zu geben; denn die Gehilfenvertreter haben unzweifelhaft ihre Aufgabensphäre überschritten, als sie einem Vertrage ihre Zustimmung gaben, von dem der Gehilfenschaft keine Kenntnis gegeben war, und dem diese bei vorheriger Kenntnis absolut nicht zugestimmt haben würde. Wenn der „Korr.“ betone: Das, was in Berlin vereinbart worden ist, wird und muß aufrecht erhalten bleiben, und jetzt sei der Moment gekommen, wo die Führer gegen den Willen der Masse in deren Interesse mit Leib und Leben für das Beschlossene einzutreten haben, komme was da wolle, so wollen wir dem entgegenhalten, daß nicht rein Bejehnt der Kollegen dem einen Bejehnt auf Wegen folgen werden, die sie von vornherein als ungut betrachten müssen. Schließlich nahm die Versammlung mit allen gegen vier Stimmen folgende Resolution an: „Die am 14. Oktober von über 350 Mitgliedern des Bezirks Düsseldorf besuchte Versammlung lehnt den vorliegenden Tarif und Organisationsvertrag ab. Die Versammlung fordert den Zentralvorstand auf, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um über die nunmehr einzuleitenden Schritte bezüglich Durchführung der gestellten Forderungen zu beraten.“ Ein Antrag auf geheime Abstimmung war wieder zurückgezogen worden. Mit einem kräftigen Mahnworte an die Versammlung, nur auch den ersten bevorstehenden Tagen geeint und mit voller Zuversicht gegenüberzutreten, und einem brausend aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Lö. Glnshorn. Zu der am 13. Oktober im „Café Wilken“ abgehaltenen Monatsversammlung waren fast sämtliche Kollegen erschienen, und hatten wir außerdem noch die Ehre, unsern Gausortseher Brüder zu begrüßen, welcher erschienen war, um die zwischen Gausort und der hiesigen Mitgliederschaft entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu sichten und das gute Einvernehmen wieder herzustellen. Nach lebhafter Debatte wurde denn auch die Einigkeit wieder hergestellt. Zur Stellungnahme zum neuen Tarifabkommen wurde bis auf weiteres Abstand genommen, doch wurde selbiger scharf kritisiert. Insbesondere erwartet die Versammlung, daß uns 5 Proz. Lokalaufschlag zuteil werden. Unsern langjährigen Vorsitzenden Petersen, der vom Beruf abgegangen und nach Itefersen überfiedelt, sagen wir an dieser Stelle für seine aufopfernde Tätigkeit für unsere Organisation besten Dank und ein herzliches Lebenswohl. Selbiger bleibt dem Verbands treu. Das Stiftungsfest wird am 10. November im „Allers Gasthof“ abgehalten und hoffen wir, daß sich sämtliche Kollegen daran beteiligen werden. Nach Erlebigung einiger Interna schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Stillingen. Der hiesige Ortsverein besprach in seiner am 15. Oktober im Gasthause zur „Neuen Welt“ abgehaltenen sehr gut besuchten Versammlung unter anderem den neuerevidierten Tarif. Einleitend gab der Vorsitzende R. Weeber einen kurzen Bericht über die Versammlung in Stuttgart, welche sich ausschließlich mit diesem Punkte beschäftigt hatte. An der folgenden Diskussion beteiligten sich verschiedene Redner, die für und gegen die Berliner Abmachungen sprachen. Hauptsächlich wurde betont, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine halbe Stunde in der Woche von den Gehilfenvertretern hätte abgelehnt werden sollen. Schließlich wurde nach lebhafter Debatte folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 15. Oktober im Gasthause zur Neuen Welt tagende Versammlung erkennt wohl die Situation, in der die Gehilfenvertreter sich befinden. Sie verurteilt aufs entschiedenste das Einschließen des Berechnens an der Segmaschine, ebenso das Nichtfestlegen der Erhöhung der mit 3 Mk. über Minimum Entlohnten. Sie spricht daher die Erwartung aus, die Stillingen Prinzipalität wolle im Einvernehmen mit dem Ortsvereine in Anbetracht der Teuerung den von der Lohnrechnung nicht Betroffenen gleichfalls eine Erhöhung von 5 Proz. zuerkennen. Unsere Vertreter im Kreisaußschusse werden ersucht, an der beantragten Lokalaufschlagserhöhung unbedingt festzuhalten.“ Wenngleich die Versammlung auch gut besucht war, so haben es trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung von den

etwa 70 Mitgliedern, die der Ortsverein zurzeit zählt, verschiedene Kollegen nicht der Mühe wert gefunden, derselben anzuhören. Möchte es doch einmal anders werden!

Forst. Mit dem neuen Tarife beschäftigt sich die letzte, am 13. Oktober abgehaltene gut besuchte Ortsvereinsversammlung. Der Vorsitzende Emil Gurt gab an der Hand des im „Korr.“ veröffentlichten Materials einen kurzen Ueberblick über die neuen Umänderungen. In der darauffolgenden Diskussion waren alle Redner darin einig, daß uns der neue Tarif sehr wenig gebracht habe. Die Erhöhung der Grundposition um 10 Proz. für alle bis zu 3 Mk. über Minimum entlohnten Gehilfen könne bei der heutigen teuren Lebenshaltung nicht befriedigen. Der Organisationsvertrag sei ein zweischneidiges Schwert. Die Klausel, die eine Organisationspflicht der Prinzipale vorsetzt, werde bald zu Konflikten führen und unabsehbare Folgen zeitigen. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Forst stimmt der Resolution des Ortsvereins Bielefeld bei, die die bei der Tarifrevision getroffenen Vereinbarungen auf das entschiedenste ablehnt. Sie ist ebenfalls der Meinung, daß die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Proz. nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten steht. Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15-prozentigen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschlusse ihre Zustimmung geben kann. Dieses Verlangen erachtet die Versammlung als um so berechtigter, als das gegenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden. Die Versammlung protestiert aus allen diesen Gründen insbesondere ganz entschieden gegen die Handlungsweise der Gehilfenvertreter und des Zentralvorstandes, diese Umänderungen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung zu fragen, definitiv festzulegen. Die Versammlung fordert vielmehr die sofortige Wornahme einer Urabstimmung und eventuelle Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um den Willen der Mitglieder unzweideutig zum Ausdruck zu bringen und über neue Maßnahmen zu beraten.“

B. Gießen. (Mitgliederversammlung.) Nahezu sämtliche Kollegen unsers Ortsvereins waren zu der auf den 13. Oktober angesetzten Versammlung, welche als hauptsächlichster Punkt „Stellungnahme zum neuen Tarife“ betraf, erschienen. Das Vereinslotar erwies sich als klein für die Anwesenden. Der Gehilfenvertreter unsers Kreises, Kollege Dominé-Franfurt, hatte sein Erscheinen zugesagt und erstattete in einstündigem Referate Bericht über die getroffenen Verhandlungen. Dem Redner wurde am Schluß seiner Ausführungen Dank zu teil für die vorzüglichen Ausführungen. Man möchte sich jedoch, im allgemeinen mit dem Gezielten einverstanden erklären und nahm nach längerer Diskussion folgende Resolution an: „Die in Gießen tagende Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Tarifabmachungen nicht den gewünschten Ansprüchen der Mitgliedschaft entsprechen und setzt voraus, daß die zehnprozentige Erhöhung allen Gehilfen zuteil wird und daß der geforderte Sozialzuschlag von zwölftehalb Prozent entschieden zur Durchführung gelangt.“ Hierauf erstatteten noch die Kartelldelegierten Bericht über die hier zurzeit bestehende „Saalfalamität“, welche gegenwärtig für die hiesigen Gewerkschaften mit zu den wichtigsten Fragen gehört. Nach längerer Debatte erteilte man den Delegierten die Zustimmung in Angelegenheit der Saalbaufrage.

w. Hamburg-Altona. Der Maschinenseherverein Hamburg-Altona hatte zum 14. Oktober eine außerordentliche Versammlung einberufen, um Stellung zu den Bestimmungen für Maschinenseher im neuen Tarifvertrage zu nehmen. Der Vorsitzende gab den zahlreich erschienenen Mitgliedern zunächst Kenntnis von den ablehnenden Beschlüssen des Brandenburgerischen Maschinensehervereins und des Maschinensehervereins für den Gau Württemberg. Die Aussprache gestaltete sich recht lebhaft. Alle Redner drückten ihr Bedauern darüber aus, daß es unseren Vertretern nicht gelungen ist, die Bestimmungen für Maschinenseher günstiger zu gestalten. Die Unzufriedenheit werde allgemein sein. Doch müßten wir uns im Interesse unsrer Gesamtorganisation mit dem Tarif abfinden. Nach dem Bortum einzelner Orte könne man nicht gehen; es dürfe nicht vergessen werden, daß den in kleinen Städten zum Minimum arbeitenden Kollegen die zehnprozentige Erhöhung ihres Lohnes willkommen sein werde. Auch wurde hervorgehoben, daß im Tarife jetzt eine Unterlage geschaffen worden sei, nach der die Maschinenseher ihre Leistungen bewerten können. Schließlich fand die Ansicht der Versammlung ihren Ausdruck in folgender vom Kollegen Koch eingereichten Resolution: „Der Maschinenseherverein Hamburg-Altona bedauert die in Hinsicht auf die verteuerte Lebenshaltung geringen Zugeständnisse der Prinzipale bei den Tarifverhandlungen, verdirrt aber mit Rücksicht auf den in der außerordentlichen Generalversammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona gefassten Beschluß und im Interesse der Gesamtkollegenchaft auf einseitiges ablehnendes Verhalten gegen die ihm zugefügten Schädigungen. Er beschließt, seine ganzen Kräfte zusammenzufassen, jene Schädigungen abzuschwächen und für die nächste Tarifbewegung eine bessere Grundlage zu schaffen.“

Sann-Münden. Auch die hiesigen Kollegen haben endlich eingesehen, daß die Verhältnisse, wie sie in den beiden hiesigen Druckereien bestehen, unbedingt einer Verbesserung bedürfen. Sie waren daher am 14. Oktober

auch vollständig einer Einladung des Bezirksvorstehers Vornemann gefolgt, um gemeinschaftlich zu beraten, auf welche Weise eine Besserung der Druckereiverhältnisse Mündens zu erzielen sei. Kollege Vornemann führte den Anwesenden in dreiviertelstündiger Vortrage den Wert der Organisation sowie die durch letztere erzielten Vorteile der Tarifgemeinschaft für die Gehilfen in gemeinverständlicher Weise vor Augen, zum Schluß die anwesenden Nichtmitglieder zum Eintritte in den Verband auffordernd. Die sich anschließende gegenseitige Aussprache zeitigte denn auch das erfreuliche Resultat, daß die fünf anwesenden Nichtmitglieder sich zur Aufnahme meldeten, so daß nun alle hiesigen Kollegen für unsre Organisation gewonnen sind. Dieser nunmehr geeinigten Gehilfenchaft wird es nun wohl auch bald gelingen, mit Hilfe der Organisation und der tariflichen Organe in den Mündener Druckereien dem Tarife Eingang zu verschaffen und so für die hiesige Kollegenchaft eine wesentliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen.

Seilbronn a. N. Am 8. Oktober hatten sich beinahe sämtliche am Orte befindlichen Kollegen eingefunden, um den Bericht über die neu getroffenen Tarifabmachungen entgegen zu nehmen. Gehilfenvertreter Knie-Stuttgart gab dann auch ein klares Bild über das Wesen des neuen Tarifes. In der darauf folgenden Diskussion fanden einzelne Punkte scharfe Beurteilung; die getroffenen Vereinbarungen entsprächen absolut nicht den Wünschen der Gehilfenchaft. Die Einführung des Berechnens an der Gehaltszahl bedeute gerabegabe eine Verschlechterung für die Gehilfenchaft. Folgender Antrag fand hierauf einstimmige Annahme: „Die am 8. Oktober abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, welche von fast sämtlichen am Orte beschäftigten Gehilfen besucht war, vertritt die Abstimmung über die Tarifvereinbarung so lange, bis von der hiesigen Prinzipalität die Garantie gegeben wird, auch den über 3 Mark über das heutige Minimum entlohnten Gehilfen eine mindestens 2 Mark betragende Lohnerhöhung zu gewähren.“ Darauf wurde die ziemlich erregt verlaufene Versammlung geschlossen.

p-r. Hirschberg i. Schl. Am 7. Oktober hielt der Bezirk Hirschberg im Gasthose „Zum goldenen Schwert“ hier selbst seine zweite diesjährige Bezirksversammlung ab, es war dieselbe gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls und Rechnungslegung pro erstes und zweites Quartal nahm Kollege Wächner-Breslau das Wort und erläuterte in eingehender Weise den Verlauf und die Resultate der Tarifverhandlungen, die keinesfalls volle Befriedigung hervorriefen. Von der Annahme einer Resolution wurde abgesehen, da erst der Wortlaut des zurzeit noch unbekanntem Organisationsvertrages abgewartet werden soll. Nach einem kurzen Schlussworte des Kollegen Wächner, das in ein Hoch auf den Verband ausklang, wurde, nachdem noch dem Referenten der Dank ausgesprochen, die Versammlung geschlossen. Davon anschließend fand ein gemeinschaftliches Mittagessen statt. Während versammelten sich die Kollegen im Restaurant „Zum Kurfürst“, um noch einige gemüthliche Stunden miteinander zu verleben.

s. Krefeld. In der am 13. Oktober abgehaltenen, von 110 Kollegen besuchten Monatsversammlung gab der Gehilfenvertreter Rave einen kurzen Ueberblick über die getätigten Tarifverhandlungen. In etwa einstündigem Vortrage ging Kollege Rave die Hauptpunkte durch, zum Schluß an das Verständnis und die Einsicht der Kollegen für das Geschaffene appellierend, den neuen Tarif so anzunehmen, wie ihn die Gehilfenvertreter mitgebracht, da er das einzig Erreichbare enthalte, was sich aus der momentanen Lage des Gewerbes herauschälen ließ. Dem heftigsten ausgenommenen Referate folgte eine lange, heftige Diskussion, als deren Endergebnis folgende Resolution mit 46 gegen 25 Stimmen (die Versammlung war bereits so stark zusammengeschnitten) angenommen wurde: „Die am 13. Oktober in Krefeld tagende Mitglieder-Versammlung nimmt ein kurzes Stimmungsbit über die Tarifverhandlungen durch den Gehilfenvertreter Rave entgegen und erkennt die Mißhaltung der Gehilfenvertreter voll und ganz an, behauert aber, daß die 10prozentige Lohnerhöhung nicht allen Kollegen zugute kommen soll. Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit dem neuen Tarife einverstanden.“

B. Lüneburg. Auch hier am Vororte stand unsre letzte Mitglieder-Versammlung (13. Oktober) im Zeichen der neuen Tarifabmachungen. Der Versammlung, die fast von sämtlichen Mitgliedern am Orte besucht, wohnten Kollegen aus Harburg, Uelzen und Wilsen bei. Der Vorsitzende Sasse erstattete den Mitgliedern Bericht über die in Hannover abgehaltene Versammlung, in welcher unser Kreisvertreter Klapproth über den neuen Tarif referierte. In seiner über eineinhalbstündigen Rede führte Kollege Sasse den Anwesenden die neuen Umänderungen vor und kam zu dem Schluß, daß wenn der neue Tarif auch die gehegten Erwartungen der Gehilfen in vielen Punkten nicht erfülle, er die Mühe und schwere Arbeit unserer Vertreter bei den Beratungen anerkennen müsse und diese Beschlüsse den Mitgliedern zur Annahme empfehle. Nach einer über drei Stunden währenden Diskussion, in der die einzelnen Paragraphen des Tarifes eine manchmal sehr herbe Kritik seitens der Redner erfuhren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Tarifausschusses. Sie spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Prinzipalität in Anbetracht der enormen Steigerung aller Lebensmittel, Wohnungsmieten usw. und in Anbetracht dessen, daß der Tarif auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen ist, auch den nicht an der Lohnerhöhung partizipierenden

Gehilfen eine Lohnzulage von 10 Proz. gewähren werde.“ Nachdem noch einige interne Angelegenheiten verhandelt, wurde die Versammlung geschlossen.

H. Marburg. Unfre am 14. Oktober abgehaltene Ortsvereinsversammlung hatte als einzigen Tagesordnungspunkt: „Berichterstattung des Kollegen Dominé über den neuen Tarif“. In etwa einstündiger Rede sprach derselbe über die hauptsächlichsten Punkte. Da er jedoch bereits am Sonnabend in Gießen und am Sonntagvormittag in Kassel referiert hatte, erklärte er, daß es ihm unmöglich sei, während der ganzen Diskussion zuzuhören, da er mit dem letzten Abendzuge nach Hause müsse. Er lehnte auch ein diesbezügliches Verlangen, dazulieben, ab, und so wurden, anstatt in die Diskussion einzutreten, von einigen Kollegen Fragen an den Referenten gerichtet, und hierbei kam es schon zu einigen heftigen Angriffen. Nachdem Kollege Dominé die Fragen so gut er imstande, beantwortet, verließ er uns und es begann die Diskussion, die eine sehr rege war und oft ins persönliche überging. Nach fast dreistündiger Auseinandersetzung fand ein Antrag auf Vertagung Annahme, um, wie der Antragsteller sagte, den Kollegen Gelegenheit zu geben, das Gehörte erst zu „verdauen“ und dann in der nächsten Versammlung über den Tarif abzustimmen.

Bezirk Neu-Ruppin. Unfre am 14. Oktober hier selbst abgehaltene Bezirksversammlung stand im Zeichen der Tarifrevision. Aus unserm Leber wegen Bezugs stark zusammengeschnittenen Bezirke waren die Kollegen so zahlreich als dies möglich war herbeigeekelt, begierig, den laut Tagesordnung zu erwartenden Vortrag unsers Geworfsitzenden Kirchner über die stattgefundenen Tarifverhandlungen sich zunutze zu machen. Der Redner gab zunächst ein Bild über den Gang der Verhandlungen, ging dann die einzelnen Bestimmungen des neuen Tarifes durch, welche allerdings in mancher Hinsicht Bedenken erregen, aber keineswegs ein Verhalten rechtfertigen, welches von den Versammlungen einzelner größerer Städte beliebt wurde. Es würde zu weit führen, hier auf die Einzelheiten des Referates näher einzugehen; was die Tarifabmachungen betrifft, so war es eben nicht möglich, mehr herauszuschlagen. Das liegt an den Verhältnissen. Und wenn letztere für die Zukunft besser werden sollen, dann ist es eben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Kollegenchaft, das möglichste zur Hebung des Gewerbes beizutragen. Nachdem dem Redner für seinen fast zweieinhalbstündigen lehrreichen Vortrag der Dank der Versammlung ausgesprochen war, wurde in die Diskussion über das Gehörte eingetreten. Hier wurde darauf hingewiesen, daß bei den Verhandlungen wirkliches Entgegenkommen leider nur auf Seiten der Gehilfenvertreter gewesen ist. Was die Angriffe auf den Tarif seitens der bürgerlichen Gegner anbetrifft, bekräftigt uns erst recht in dem Festhalten an demselben; denn wer es seinen Feinden recht zu machen sucht, begeht eine Thorheit. Auch das Urteil aus „rotem“ Munde (das alte Lied“ siehe 1896 usw.) kann uns nicht beeinflussen, da wir ihre „Liebe“ für Tarifgemeinschaften (lies Gewerkschaften) gebührend zu würdigen wissen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 14. Oktober im Gewerkschaftslokale tagende zweite diesjährige Bezirksversammlung des Bezirkes Neu-Ruppin erklärt sich nach Anhörung des Vortrages unsers Geworfsitzenden Kirchner über die Tarifverhandlungen und -abmachungen mit denselben einverstanden und behauert nur, daß es unsern Gehilfenvertretern infolge mangelnden Entgegenkommens seitens der Prinzipale nicht möglich war, den berechtigten Forderungen der Gehilfen mehr Geltung zu verschaffen. Sie erkennt trotzdem und trotz mannigfacher Bedenken den Wert der geleisteten Arbeit rüchlos an und spricht den Vertretern ihr Vertrauen und ihren Dank aus.“ Aus den Berichten der Vertrauensleute war zu entnehmen, daß alle Kollegen im Bezirke sich tariflicher Verhältnisse erfreuen, was hoffentlich als gutes Vorzeichen für die Zukunft angesehen werden kann. Unter „Verständens“ wies Kollege Dauer noch darauf hin, daß hauptsächlich auf die Agitation von Mund zu Mund großer Wert zu legen sei und die Kollegen darin nie erlahmen mögen. Als nächster Versammlungsort wurde Prignitz in Aussicht genommen, jedoch wurde es in das Ermessen des Bezirksvorstandes gestellt, dies eventuell in Verhältnissen entsprechend zu ändern. Hierauf wurde die Versammlung nach fast sechsstündiger Dauer mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Offenburg i. B. Am 15. Oktober fand eine Ortsvereinsversammlung statt, in welcher der neue Tarif zur Besprechung kam. Von verschiedenen Seiten wurden Mängel bedauert, die dem Tarife anhaften, was auch in einer Resolution zum Ausdruck kam. Besonders empfindlich wurde es bemerkt, daß die Kollegen, die mehr als 3 Mk. über Minimum haben, der Verbesserungen des Tarifes nicht teilhaftig werden sollen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche ein Gesuch an die Prinzipale ausarbeiten soll, in dem verlangt wird, daß auch obengenannte Kollegen eine zehnprozentige Erhöhung des Lohnes erlangen sollen. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht ein Druckfehler oder ein Versehen sei, daß die Grundpreise bei dreitausenden Schritten nur um 1 Pf. erhöht werden sollten bei 10000 Buchstaben. (Selbstverständlich muß es 10 Pf. heißen. Red.) „Man“ war der Meinung, daß die Erhöhung für 1000 Buchstaben berechnert ist, was aus dem Wortlaute in der neuen Beschließung nicht ersichtlich ist. Die einstimmig angenommene Resolution lautet: „Die heute tagende Versammlung des Ortsvereins bedauert angelegentlich der abgeschlossenen Tarifverhandlungen, daß diese ihren gewiß berechtigten Forderungen nicht in der Weise entsprochen

haben, wie sie vor den Verhandlungen einmütig von der Gehilfenschaft aufgestellt wurden, nimmt aber in Hinsicht auf die gewiß schwierige Situation der Gehilfenvetretter bei den Verhandlungen die gebotenen Vergünstigungen an." Weiter wurden einzelne der für die Statistik des Tarifamtes durch die hiesige Gemeindebehörde mitgeteilten Preise, besonders die Wohnungspreise, als viel zu niedrig befunden. Dies soll ausführlicher in der hiesigen Presse behandelt werden. In der Versammlung kam wieder das unparlamentarische Betragen einzelner, leider meist älterer Kollegen zur Sprache, die sich während der Versammlungen immer sehr viel Wichtiges mitzuteilen haben und dies durchaus nicht so bewerkstelligen, daß die anderen, eifrig den interessantesten Ausführungen des Vortragenden lauschenden Kollegen nichts davon hören. Öffentlich schafft dieser garte Wind in der Deffektivität etwas Abhilfe. Die Versammlungen sind im allgemeinen gut besucht.

Bezirk Posen. Am 14. Oktober wurde unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung in Lissa abgehalten. Nach einem gemüthlichen Frühstück begann gegen 12 Uhr die Versammlung. Nachdem unser Gesangsverein Typographia einige Nieder wohlklingenden zu Gehör gebracht hatte, eröffnete der Vorsitzende Wagner die Versammlung mit begrüßenden Worten. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von Mitgliedern aus den Orten Birnbaum, Gnesen, Kosten, Lissa, Pleschen, Poser, Rawitsch und Samter. Nach Genehmigung des Kassensberichtes ergriff der Vorsitzende das Wort zu seinem Referate: „Der neue Tarif und die Lage des Bezirks.“ Redner ging die einzelnen Positionen der neuen Abmachungen durch; er behauptete, daß sich trotz der enormen Steuerung die beantragte 15prozentige Lohnerhöhung nicht habe verwirklichen lassen. Auch die Arbeitszeitverkürzung sei so gut wie ausgefallen; doch käme hier ins Gewicht, daß die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren sich verringert habe trotz der weitem Einführung der Segmaschienen, und deshalb eine Arbeitszeitverkürzung schwer durchzuführen sei. Bedenklich sei die Zulassung des Rechnens an der Segmaschine. Der Abschluß der Gegenseitigkeit sei eine Neuheit; die Wirkungen könne niemand mit Sicherheit übersehen. Wenn auch die Forderungen der Gehilfenschaft vielfach nicht erfüllt seien, so seien doch immerhin ganz bedeutende Zugeständnisse erreicht; er habe die Ueberzeugung, daß die Gehilfenvetretter sich der Verantwortung ihrer schweren Aufgabe nach jeder Richtung hin voll und ganz bewußt gewesen seien und unter diesem Eindruck den neuen Abmachungen zugestimmt hätten. Er halte es deshalb für die Pflicht der Gehilfenschaft, wenn auch schweren Herzens sich mit dem Ertragnen zufrieden zu geben. Hier unterbrach Redner sein Referat und stellte diesen Teil zur Debatte. Der erste Diskussionsredner war der gegenständlichen Ansicht des Referenten. An der Hand des Artikels „des „Vorwärts“ vom 11. Oktober bekämpfte er den neuen Tarif. Den zitierten Auszug des „Korr.“ verlesend, benutzte er Redner in seiner Ironie, die Ertragnen 10 Proz. seien zu niedrig; was man auf der einen Seite gebe, nehme man auf der andern. Dadurch, daß wir diesmal eine Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht hätten, verlieren wir das Recht, Pioniere der Arbeiterzeit genannt zu werden. Die Berechnung im „Korr.“, die Arbeitszeitverkürzung sei zurzeit unbedeutend, sei... Die Parteidruckerei würden sich dem Organisationszwang mit bürgerlichen Kreisen nicht fügen. Es sei ihm unbegreiflich, daß die Gehilfenvetretter dem neuen Tarife zustimmen konnten. Der zweite Diskussionsredner schloß sich in kurzen Worten diesen Ausführungen an. Der Vorsitzende ergriff nun wieder das Wort und wies zunächst mit energischen Worten die Behandlung zurück, die der erste Diskussionsredner den Gehilfenvetrettern und dem „Korr.“ habe zuteil werden lassen. Nach dessen Ausführungen ergehe es, daß die Gehilfenschaft zur diesjährigen Tarifrevision nur einen Fehler gemacht habe, nämlich daß sie sich die unfähigsten Leute zu Führern erwählt habe. Redner behandelte hierauf die materielle Seite eines eventuellen Kampfes, die großen Summen, die diesmal hier zu erfordern seien, die schwache Aussicht, von anderen Gewerkschaften unterstützt zu werden, da auch diese mit Lohnforderungen angefüllt der allgemeinen Steuerung sich befaßten, die vielen persönlichen Opfer, die ein Teil der Gehilfen tragen müßten, ferner die unsichere und ebenso folgenschwere Aussicht, die sich der Gehilfenschaft gerade jetzt bieten bei eventueller zugelloser Ausbeutung der Segmaschine unter Berücksichtigung beständiger Vervollkommnung. Redner könne seine Ansicht nicht ändern; scharfe Reden seien nicht am Platze, nur Klüße und sachgemäße Erwägung führe zum Ziele. Der angegriffene Redner verwahrte sich nun dagegen, die Gehilfenvetretter beleidigt zu haben, worauf der Vorsitzende erwiderte, es sei dem Vordrucker schon bitter so ergangen, daß er später das nicht für wahr haben wolle, was er vorher gesagt habe. Nach längerer Debatte wurde dieser Gegenstand verlassen. Von einer Resolution wurde Abstand genommen, doch ergab die Abstimmung der Versammlung im wesentlichen Uebereinstimmung mit dem Referenten. Vom zweiten Teile des Referates mußte leider Abstand genommen werden wegen der vorgeschrittenen Zeit. Ein Antrag, die Fahrentschädigung von einer gewissen Zahl von Beiträgen abhängig zu machen, ebenfalls Mitglieder mit einem Restbeitrag von dieser auszuschließen, fand Ablehnung. Um 3 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen mit einem kräftigen Hoch auf den Verband.

Schweinfurt a. M. Die auf den 14. Oktober in der Restauration „Mainluft“ einberufene Versammlung des hiesigen Ortsvereins befaßte sich zum größten Teile mit

dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen und es gelangte am Schluß folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Der Ortsverein Schweinfurt erklärt sich mit den Verhandlungen des Tarifausschusses, trotz Erkenntnis der höchst bescheidenen Willigungen, einverstanden. Die Versammlung hofft aber auch, daß im Interesse des Friedens die Prinzipale sich den neuen Vereinbarungen fügen. Den Gehilfenvetrettern zollt die Versammlung Anerkennung für ihr Bemühen. Des fernern erklärt die Versammlung, auch dafür einzutreten, daß auch den nur mäßig über drei Mark über Minimum entlohnten Kollegen die zehnprozentige Aufbesserung zuteil wird. Weiter spricht die Versammlung ihre Besorgnis über die Kritik der Redaktion des „Korr.“ gegenüber Versammlungen der einzelnen Städte in der Tariffrage aus. Trotz Nichtverkennens des guten Willens des „Korr.“-Redakteurs erblickt die Versammlung in der Form der Kritik eine indirekte Schädigung der Gehilfeninteressen.“

Straburg. Zu der am 12. Oktober abgehaltenen, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung hatte sich auch der Gehilfenvetretter des Tarifkreises V, Kollege Georg Münder, eingefunden, um in einem selbständigen Vortrage einen genauen Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen zu geben. Nach darauf erfolgter kurzer Debatte wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Mitglieder den neuen Tarif als einen weiteren kleinen Fortschritt anerkennt. Auch wird der Antrag auf Einführung eines fünfprozentigen Lokalaufschlages ausrecht erhalten. Zum Schluß wird den Gehilfenvetrettern Dank und Anerkennung für ihre Bemühungen gesagt. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Siederbrunn (Schleswig-Holstein). Unser Ortsverein hielt am 11. Oktober eine außerordentliche Versammlung ab, um zum neuen Tarife Stellung zu nehmen. Alle Redner tabelten in teils scharfer Weise die geringe Erhöhung des Minimums, insbesondere aber die Altersstaffelung und die Ausnahmebestimmungen für die Orte unter 6000 Einwohnern. Eine in den schärfsten Ausdrücken gehaltene Resolution gegen den neuen Tarif wurde einstimmig angenommen. Es sei z. B. ganz unerklärlich, wie man die Altersstaffelung wie auch die Ausnahmebestimmungen für kleine Orte annehmen konnte. Ein junger Kollege, der unter der Staffelnung zum Minimum arbeiten muß, verdient gerade zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel; außerdem werden die Prinzipale bemüht sein, möglichst junges Personal zu bekommen und die älteren Kollegen werden schließlich nur aus Hilfsweise beschäftigt. Und dann diese unglücklichen Ausnahmebestimmungen! Ein Kollege, der kitzlich von Kiel hierher zog, mußte die unangenehme Erfahrung machen, daß er hier fast noch lebt wie dort in der Großstadt. Gätten wir auch noch die Ausnahmebestimmungen, dann könnten wir uns samt uns' händers begabter lassen. „Das eine Gute wird vielleicht der neue Tarif haben: Es werden sich bald keine Sehlunge mehr finden, die ein so schlecht bezahltes Gewerbe lernen wollen; können sie doch in vielen anderen Branchen, z. B. den Maurern, wozu außerdem nicht viele Kenntnisse nötig sind, bedeutend mehr verdienen.“

Oe. Trebbin (Kr. Teltow). Eine außerordentliche Ortsvereinsversammlung hatte sich am 16. Oktober mit dem Ergebnisse des neuen Tarifes zu befassen. Nach einer eingehenden Berichterstattung von der am 14. Oktober in Berlin abgehaltenen Versammlung des Gau's Berlin gelangte nach eingehender Besprechung der einzelnen Positionen des neuen Tarifes nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 16. Oktober tagende außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Trebbin lehnt die bei den Tarifverhandlungen beschlossenen Vereinbarungen entschieden ab. Die Versammlung bebauert, daß die Gehilfenvetretter zu verächtlichen geringen Zugeständnissen und teilweise Verschlechterungen ihre Zustimmung gegeben haben. Wenn dieselben auch kein gebundenes Mandat, wie es die Prinzipale zu haben vorgaben, in Händen hatten, so müßten sie doch von dem Geiste, der in den Versammlungen selbst der kleinsten Mitgliederhaufen bei Aufstellung der Forderungen herrschte, durchdrungen sein. Weiterhin verurteilt die Versammlung den Artikel in Nr. 121 des „Korr.“, weil derselbe sich in direktem Widerspruch setzt mit der in dem Artikel „Vor der Entscheidung“ vertretenen Ansicht, daß eine Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. nötig sei, um eine Familie von vier Köpfen anständig erhalten zu können. Der Verbandsvorstand wird erucht, erneute Verhandlungen mit der Prinzipalität anzubahnen. Sollte letztere sich hierzu ablehnend verhalten, so ist sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.“ Hierzu beschäftigte sich die Versammlung mit der Lokalaufschlagsfrage. Es wurde im allgemeinen die Ansicht vertreten, daß mit einem Lokalaufschlag von 10 bis 15 Proz. die hiesigen Steuerungsverhältnisse mit denen anderer Städte so ziemlich ausgleichlich würden. Eine Kommission wurde gewählt, die dem Kreisamte das Material übermitteln wird.

Zuttlungen. Am 14. Oktober tagte dahier im Gewerkschaftshause eine Buchdruckerversammlung des Bezirksvereins „Oberer Schwarzwald“. Dieselbe war angefaßt ihrer momentan jedes Mitglied interessierenden Tagesordnung wegen sehr gut (auch von den entferntest gelegenen Druckorten) besucht und nahm der Hauptsache nach Stellung zu den jüngst gepflogenen Tarifverhandlungen. Als Referent hierzu war unser zweiter Gauverwalter Klein-Stuttgart gewonnen worden, welcher in beinahe zweistündigem Vortrage mit überzeugendem Ernste die bei Beratung des neuen Tarifes zustande gekommenen Verträge besprach und die hierbei für die

gesamte Gehilfenschaft sich erweisenden schätzenswerten und zu schätzenden Vorteile hervorhob. In einer kürzern Diskussion wurde entgegen in verschiedenen anderen Versammlungen gefaßten Beschlüssen das für die Gehilfenschaft Ertragnen gutgeheißen und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshause „Goldener Adler“ in Zuttlungen stattfindende Versammlung des Bezirksvereins „Oberer Schwarzwald“ nimmt den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegen und gibt in Würdigung der schwierigen Verhältnisse, mit denen unsere Gehilfenvetretter zu kämpfen hatten, seine Zustimmung zu den Abmachungen, wenn sie auch die berechtigten Wünsche der Gehilfen nicht in dem Maße erfüllt sieht, wie es angesichts der ins raffinierte gesteigerten Preise sämtlicher Bedarfsartikel fürs tägliche Leben notwendig gewesen wäre. Die Versammlung erwartet aber von den Prinzipalen aufs bestimmteste, daß sie auch den Gehilfen, die leer ausgehen sollen, eine angemessene Steuerungsulage gewährt. Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß mit dem neuen Tarife wieder ein großer Fortschritt in gewerkschaftlicher Beziehung gemacht worden ist und spricht die Hoffnung aus, daß der neue Tarif zum Wohle der Buchdruckerwelt gereichen möge. Den Gehilfenvetrettern, besonders unsern Kollegen Knie, spricht sie für ihre intensive, tatvolle Arbeit den wohlverdienten Dank aus.“ Nach Erlebigung noch einiger unbedeutender Punkte wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen und hielt der gemüthliche Teil bis zur Stunde des Scheidens die Versammlung noch kollegialisch beisammen.

Wetzlar. Eine am 18. Oktober abgehaltene, von sämtlichen Kollegen besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung nahm Stellung zu dem neuen Tarife. Nach eingehender Aussprache erklärte sie sich, in der Annahme, daß es den Gehilfenvetrettern unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich war, mehr zu erlangen, mit dem Erreichten zufrieden und wird dies in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck gebracht: „Die heute, am 18. Oktober 1906, tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Resultate der diesjährigen Tarifverhandlungen und bebauert, daß die Prinzipale zu einem größeren Entgegenkommen nicht bereit zu finden waren. Die Versammlung erklärt sich jedoch mit den Beschlüssen einverstanden, erwartet aber von der Kreisamtsführung, daß für Uelzen der beantragte Lokalaufschlag akzeptiert wird, wobei sie besonders darauf hinweist, daß die vom Tarifamte aufgenommene Statistik eine Steigerung für Uelzen von 12 Proz. nachweist sowie daß die Preise für Lebensmittel ufm. denjenigen einer Großstadt nicht nachstehen, z. B. in vielen Fällen höhere als in Hannover sind.“

Wittenberg. In der am 10. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstatte der Gehilfenvetretter König-Walle Bericht über die Tarifverhandlungen. In der sich anschließenden Diskussion gaben die einzelnen Redner ihrer Enttäuschung Ausdruck und wurden einzelne Positionen, wie die stiefmütterliche Behandlung der Arbeitszeitverkürzung, die Bestimmung der Entlohnung über 3 Mk. über Minimum und die noch zum Ueberflusse eingeführte Kontrolle, einer gebührenden Kritik unterzogen. Zum Schluß wurde folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Wittenberg erklärt, den neuen Tarif anzunehmen. Gleichzeitig gibt die Versammlung ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Lohnaufbesserungen so gering sind und die Arbeitszeit so gut wie gar nicht verlängert ist. Die Lohnerhöhung läßt sich mit den Steuerungsverhältnissen absolut nicht in Einklang bringen und muß deshalb bedauert werden, daß die Prinzipale dem friedlichen Streben der Gehilfenschaft so wenig Rechnung getragen haben. Wenn trotzdem der neue Tarif akzeptiert wird, so in der Erwartung, daß die Einführung derselben sich ohne Opfer seitens der Gehilfenschaft vollziehen möge. Den Gehilfenvetrettern spricht die Versammlung ihr Vertrauen auf weiter aus.“

Zossen. Unsere am 15. Oktober einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung, welche von 66 Kollegen besucht war, beschäftigte sich ebenfalls mit dem neuen Tarife. Einleitend gab der Vorsitzende Stangenberg einen kurzen Ueberblick über die am 14. Oktober in Berlin abgehaltene Versammlung der Berliner Kollegen. Sämtliche Redner sprachen sich in sachlichen, aber scharfen Worten gegen eine Annahme des Tarifes sowohl als des Organisationsvertrages aus. Unter dem Einbruche der Berliner Versammlung möge wohl auch die hiesigen Diskussionsredner gestanden haben, denn alle manöviert sich gegen eine Annahme des Tarifes, und die von dem Kollegen Saube eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Die am 15. Oktober im Lokale des Herrn Schinke tagende außerordentliche Versammlung des Bezirks Zossen lehnt Tarif und Organisationsvertrag aus folgenden Gründen ab: Die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Proz. steht nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsrenten. Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschlusse ihre Zustimmung geben kann. Dieses Verlangen erachtet die Versammlung als um so berechtigter, als das gehilfenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden. Die Versammlung kann dem vorliegenden Organisationsvertrage in seiner jetzigen Fas-

fung nicht zustimmen, weil derselbe Paragraphen enthält, die in ihrer Auslegung zu weittragenden Folgen führen müssen, die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen geradezu hindern und auch sonst geeignet sind, die ganze gemeinschaftliche Bewegung lahmzulegen. Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand, neue Verhandlungen mit der Prinzipalität auf dieser Grundlage in die Wege zu leiten. Will die Prinzipalität erneute Verhandlungen ablehnen, so ist unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen."

Briefkasten.

Fr. F. in Naumburg: Wann die Besprechung der Jubiläumsschriftchen erfolgen kann, läßt sich unter den obwaltenden Umständen gar nicht bestimmen. Die außerordentlichen Verhältnisse in diesem Jahre bebingen gewaltig ein Abweichen von sonst — A. F. in Frankfurt a. M.: Bei Velhagen & Klasing in Leipzig, Hospitalstraße. Abonnementpreis konnten wir nicht erfahren. Da jedenfalls Postbezug, fragen Sie doch dort einmal auf der Zeitungspost an. — W. B. in L.: Ist Reaktionsgegenniss. — Mehrere Kollegen in Fürstentum: Er hat keine längere Arbeitszeit, sonst wäre es Schusterei. — G. M. in Gera: Mit einer solchen Anfrage wenden Sie sich am besten an die Buchhandlung der „Leipziger Volkszeitung“. — S. in Weutjen: 3,05 Mk. — J. G. in Konstanz: Ein Urteil können wir darüber hier nicht abgeben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eigenen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für:

- Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29.
- Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue de Tunnel 1.
- Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro.
- Oesterreich: E. Reimüller, Wien VII/A, Ziegler-gasse 25.
- Ungarn: Julius Peidl, Redakteur der „Typographia“, Budapest VI, Hunyadi-ter 3, I.
- Kroatien: Ludwig Wieser, Präsident des Kroatischen Buchdruckervereins, Agram, Primorska ulica 2.
- Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.
- Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.
- Rumänien: G. Ionescu, Bukarest, Boulevard Carol I. Nr. 1 (Bursa Muncel).
- Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
- Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
- Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Luxemburg: W. Bastendorf, Luxemburg, Philipp-strasse 7.
- Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
- Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.
- Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22a.
- Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8.

Der Vorstand.

Bezirk Frankfurt a. O. Auch für das Winterhalbjahr betragen die Beiträge 1,40 Mk. pro Woche. Die Erhöhung des Gaubeitrages um 5 Pf. wird aus der Bezirkskasse gedeckt.

Adressenveränderungen.

Stunshorn. Vorsitzender: Max Friedrich, Flammweg 13, I; Kassierer: Hans Wilken, Gärtnerstraße 18.

Konstanz. (Machinenmelleverein.) Vorsitzender: R. Kirsch, Tenbrinkstraße 3.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bochum 1. der Seher Mieczyslaus Kyffert, geb. in Posen 1874, ausgel. daf. 1895; war schon Mitglied; 2. der Drucker Wilhelm Steding, geb. in Bochum 1883, ausgel. daf. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Witten der Seher Theodor Hankmann, geb. in Mülster 1885, ausgel. in Haltern i. W. 1903; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wiemelhauserstraße 42.

In Dessau der Seher Paul Scholle, geb. in Köthen 1887, ausgel. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Köthen der Seher Franz Fürstow, geb. in Bernburg 1884, ausgel. daf. 1903; war schon Mitglied. — Paul Ehnert in Dessau, Lutherstraße 14, II.

In Elberfeld die Seher 1. Wilhelm Heinrichs, geb. in Elberfeld 1879, ausgel. daf. 1897; 2. Robert Gever, geb. in Elberfeld 1868, ausgel. daf. 1891; 3. der Drucker Emil Föpldr, geb. in Lüttringhausen 1888, ausgel. in Vennep 1906; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Seher Jos. Böll, geb. in Woch 1879, ausgel. daf. 1896; war schon Mitglied. — In Ohligs der Seher Karl Herzberg, geb. in Ohligs 1887, ausgel. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — H. Drechsler in Elberfeld, Wilhelmstraße 22, II.

In Essen 1. der Drucker Josef Forster, geb. in Wien 1887, ausgel. daf. 1905; 2. der Korrektor Max Gröbe, geb. in Schmölln (S.-V.) 1862, ausgel. in Ronneburg (S.-V.) 1880; 3. der Seher Willy Reifenstein, geb. in Schleiz (S.-V.) 1885, ausgel. daf. 1904; die Drucker 4. Wilh. Hundrock, geb. in Steele (Ruhr) 1884, ausgel. in Essen (Ruhr) 1903; 4. Fern. Stara, geb. in Döppreuth 1887, ausgel. in Essen 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Caternberg 1. der Drucker Wilhelm Kellermann, geb. 1887, ausgel. 1905; 2. der Seher Ernst Ahrens, geb. in Wittingen 1887, ausgel. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Kraus in Essen, Kastanienallee 92.

In Frankfurt (Pfalz) die Seher 1. Ant. Trapp, geb. in Mörsh 1863, ausgel. in Frantenthal 1881; war noch nicht Mitglied; 2. Robert Stegmaier, geb. in Garmisch 1886, ausgel. in Münden 1905; war schon Mitglied. — Eduard Hofmann, Schulstraße 5.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Chr. Müller, geb. in Weichenbach (Bayern) 1885, ausgel. in Hamelburg 1903; 2. Herm. Stähler, geb. in Schwinnfurt a. M. 1887; 3. August Schütz, geb. in Frankfurt a. M. 1878, ausgel. daf. 1896; 4. Leonhard Lauterbach, geb. in Frankfurt a. M. 1885, ausgel. daf. 1903; 5. Carl Helfinger, geb. in Frankfurt a. M. 1872, ausgel. daf.; 6. Jakob Speidel, geb. in Mößlingen (Württemberg) 1879, ausgel. in Mühlader 1896; 7. Adam Neumann, geb. in Neu-Yenburg 1872, ausgel. in Frankfurt a. M. 1890; 8. Georg Mager, geb. in Hausen 1881, ausgel. in Frankfurt a. M. 1899; 9. der Drucker Lorenz Gröffel, geb. in Luxemburg 1874, ausgel. daf. 1892; 10. der Seher Feinr. Wilh. Emmerich, geb. in Preungesheim 1883, ausgel. in Frankfurt a. M. 1901; waren schon Mitglieder; 11. der Drucker Aug. Tenner, geb. in Homburg v. d. S., ausgel. in Frankfurt am Main 1888; 12. der Schweizerdegen Jos. Scheibler, geb. in Nabburg (Bayern) 1889, ausgel. daf. 1906; 13. der Seher Konrad Krauß, geb. in Gaingrünbau (Hessen) 1885, ausgel. in Frankfurt a. M. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — In Homburg v. d. S. der Schweizerdegen Johannes Köhler, geb. in Köggern im Taunus 1870, ausgel. in Homburg v. d. S. 1888; war noch nicht Mitglied. — In Höchst a. M. der Seher Jos. Wenda, geb. in Sossenheim 1882, ausgel. in Höchst a. M. 1900; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Braum in Frankfurt a. M., Neuhöfstraße 42, I.

In Freising der Drucker und Stereotypen Franz Mannstößer, geboren in Münden 1858, ausgel. in Freising 1883; war schon Mitglied. — In Fürth die Seher 1. Carl Underlohr, geb. in Münden 1885, ausgel. daf. 1902; war schon Mitglied; 2. Jos. Kimerl, geb. in Kemnath 1888, ausgel. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Münden der Seher Hugo Skopnik, geb. in Mühlhausen 1884, ausgel. daf. 1903; war schon Mitglied. — Jos. Seig in Münden, Auenstraße 22, I.

In Hamburg die Seher 1. Michael Bauer, geb. u. Arnstein 1887, ausgel. daf. 1905; 2. Wilhelm Eilers, geb. in Wlona 1886, ausgel. in Hamburg 1906; 3. Carl Dberreich, geb. in Verburg 1867, ausgel. daf. 1886; 4. Erich Schiefelbein, geb. in Schüttbrunn 1889, ausgel. in Wittenberg 1904; 5. Emil Schöler, geb. in Düsseldorf 1888, ausgel. in Wülheim a. Rh. 1906; 6. Berthold Stender, geb. in Hamburg 1888, ausgel. in Stadhagen 1906; 7. der Schweizerdegen Willy Scholz, geb. in Hamburg 1882, ausgel. daf. 1900; 8. der Drucker Max Peter Kramer, geb. in Steinfeld 1881, ausgel. in Schleswig 1900; waren noch nicht Mitglieder. — W. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

In Kolberg 1. der Drucker Johannes Bötz, geb. in Kolberg 1888, ausgel. daf. 1906; 2. der Seher Willy Steuer, geb. in Berlin 1882, ausgel. daf. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Stolp die Drucker 1. Reinhold Reeb, geb. in St.-Gyula 1884, ausgel. in Stolp 1906; 2. Paul Brag, geb. in Neustettin 1883, ausgel. daf. 1901; 3. der Seher Hermann Herzfeldt, geb. in Naugard 1888, ausgel. daf. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Bülow der Seher Max Ziemann, geb. in Gr.-Bomeitz 1888, ausgel. in Bülow 1906; war noch nicht Mitglied. — In Köslin der Drucker Paul Bröber, geb. in Ditowitz (Kr. Kulm) 1888, ausgel. in Köslin 1906; war noch nicht Mitglied. — In Schivelbein der Seher Karl Dummer, geb. in Ledow (Kr. Schivelbein) 1887, ausgel. in Schivelbein 1906; war noch nicht Mitglied. — Karl Toboldt in Köslin, Wilhelmstraße 28.

In Kusel der Schweizerdegen Johann Pfeiffer, geb. in Rammsbach 1884, ausgel. in Kusel 1902; war war schon Mitglied. — Gustav Hofmann in Kaiserslautern, Tinscherstraße 8.

In Landsherg a. W. der Drucker Ferd. Bilde, geb. in Dberberg 1886, ausgel. daf. 1904; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstr. 5, II.

In Limburg (Rahn) 1. der Seher Heinr. Fünfinger, geb. in Offheim 1885, ausgel. in Limburg 1904; 2. der Drucker Carl Schwertel, geb. in Limburg 1888, ausgel. daf. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Wiesbaden der Seher Georg Bach, geb. in Biersfadt bei Wiesbaden 1883, ausgel. in Wiesbaden 1901; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Wadert in Wiesbaden, Jahnstraße 17.

In Birmasens der Schweizerdegen Friedr. Hüther, geb. in Birmasens 1889, ausgel. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Zweibrücken die Drucker 1. Carl Schneider, geb. in Geinhausen 1888, ausgel. daf. 1906; 2. Jakob Weber, geb. in Ingweiler bei Zweibrücken 1869, ausgel. in Zweibrücken 1887; waren noch nicht Mitglieder. — Robert Böhm in Birmasens, Ringstraße 102.

In Radolfszell der Faktor Ferdinand Schmitz, geb. in Kervenheim (Kreis Gelnben, Rheinland) 1876, ausgel. in Gelnben 1894; war noch nicht Mitglied. — Chr. Wolk in Konstanz, Scheffelstraße 11.

In Saarbrücken die Seher 1. Jakob Heß, geb. in Wiesweiler a. Glan 1887, ausgel. in Lauterode (Pfalz) 1905; war noch nicht Mitglied; 2. Richard Zapfen, geb. in Steinhäusen (Oldenburg) 1887, ausgel. in Vant (Oldenburg) 1905; war schon Mitglied. — W. Tholey in St. Johann (Saar), Sulzbachstraße 7, III.

In Stettin der Schweizerdegen Wilhelm Kuhl-meyer, geb. in Stetfno 1885, ausgel. daf. 1901; war schon Mitglied. — Emil Müller, Lucasstraße 1, III.

In St. Gallen der Drucker Fritz Meiler, geb. in Schwandorf (Bayern) 1880, ausgel. in Schwandorf 1897; war schon Mitglied des deutschen Verbandes. — Adolf Huber, Hafnerstraße 6.

Arbeitslosenunterstützung.

Brandenburg a. H. Der Seher Karl Menbyka aus Charlottenburg (Haupbuchnummer 59 586) erhielt hier zum Konditionsantritte in Posen einen Reisevorschuß von 3 Mk. Da M. diese Kondition jedoch nicht angetreten, auch den Vorchuß nicht zurückgefordert hat, werden die Herren Funktionäre um Angabe des Aufenthaltsortes resp. der Adresse desselben an W. Jordan, Nikolaistraße 10, II, freundlichst gebeten.

Verammlungskalender.

Bochum. Bezirksversammlung Sonntag den 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Gattlingen. Anträge bis zum 30. November erbeten. Alles Weitere durch Zirkular. **Naumburg.** Versammlung heute Dienstag abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Welche Schriftgießerei liefert größere Schriftgrade ohne Streifen. Bemerkte Offerten erbeten unter S. D. 393 an **Hudolf Hoffa, Stuttgart.**

Der Herr

welcher geneigt ist, Zigarren an Wirte, Händler usw. zu verkaufen, gegen event. Vergütung von 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision, wolle sich schnellzeitig wenden an **A. Meek & Co., Hamburg.** [52]

Ein Schweizerdegen

für zwei größere Maschinerie und eine Wollensprelle (mit elektrischen Betrieb) zum 12. Novbr. gezeichnet. Wochensohn 21 Mk. und freies Kranfenslassen. **Hermann Weberstadt, Fr. Holland (Dbr.).** [49]

Erstklassige Schriftgießer finden an der Kompletzmaschine dauernde Kondition. **Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.** [19]

Galvanoplastiker

tüchtig im Prägen, verheiratet, wird sofort gesucht. Beste Offerten unter Nr. 44 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Für unsere Galvanoplastik suchen wir sofort besonders tüchtige Kräfte für Prägen, Abdecken sowie Mischen und Fertigmachen. Zeugnisse und Gehaltsansprüche zu beten. **Gensch & Heise, Hamburg 22.** [46]

Tüchtige Stempelschneider und Zeuggraveure finden sofort oder später bei hohem Lohn dauernde Stellung. **S. Georgi, Stempelschneiderei, Offenbach a. M.** [17]

Messinglinienfabrik

der **Schriftgießerei Flinsch** Frankfurt a. M.

Sucht zum sofortigen Eintritt für dauernde Stellung einen tüchtigen **Walzer und Gobler.** [37]

Gießereiarbeiter tüchtig an der Urndischer Regelstanzmaschine, find zu dauernde u. lohnende Beschäftigung in **Wilhelm Wollmeyer Schriftgießerei** Berlin SW 46. [51]

Sucht 28-jähriger tüchtiger und solider **Akzidenzsetzer**

selbst. Posen. Suchender ist firm in allen Satzarten und bewandert im Klattenschnitt. Werte Offerten mit Gehaltsangabe unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Richard Härtel, Leipzig-R. (Anhalterin Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 45

liefert Werte aller Art zu Fabrikpreisen franko. Bestellungen um direkt per Postanweisung erbeten. **Zabelen zur Gedächtnis.** Von Carl Windisch. Ausgabe des Satzes eines der beständigsten Feilschaff samt Aufträgen für alle Regelarbeiten. Auf 56 Seiten 8 1/2 Bogen, gr. 8 enthält diese Zabelen die Grundrechte von 34 bis 88 Pf. des gelanteten deutschen Normalkaltes ist je 100 Normaten und zwar von 31 bis 130 Buchstaben pro Zeile. 3 Mk.

: TYPOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG :

MITTWOCH DEN 31. OKTOBER 1906, ABENDS 9 UHR,
IM VEREINSLOKALE „KARLSBURG“, FISCHMARKT:
VORTRAG DES HERRN KARL TRENKNER:

: DIE BUCHGEBERISCHE ABTEILUNG :
IN DER III. DEUTSCHEN KUNSTGEWERBE-
::: AUSSTELLUNG DRESDEN 1906. :::
MIT AUSSTELLUNG NEUZEITLICHER DRUCKSACHEN.
GÄSTE WILLKOMMEN ::::: DER VORSTAND.

Maschinenmeister Leipzigs.

Freitag den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, im Stablißement „Schloßkeller“,
Dresdnerstraße:

Versammlung.

(Fortsetzung der Versammlung vom 20. Oktober.)

Tagesordnung: Die stattgefundenen Tarifrevision und unsere Stellungnahme hierzu. [42]

Einem zahlreichen Besuche sieht entgegen

Die Kommission der Drucker und Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe zu Leipzig.

Mittwoch den 31. Oktober **Herrenausflug nach Belgershain**
(Reformationsfest):
(Oberholz). Abmarsch früh 8 Uhr vom „Schloßkeller“.

Siedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg.

Sonntag, 4. November, in „Sagebiels Stablißement“ (Weißer Saal):

Stiftungsfest (Konzert und Ball).

Mitwirkende Solisten: Fräul. **Elisabeth Augustin** (Sopran), Herr **Hans Langmaack** (Rezitation). [55]

Beginn präzis 8 Uhr. Saalöffnung 7 1/2 Uhr.
Einführungskarten (Herr und Dame 75 Pf., jede weitere Dame 50 Pf.)
sind nur im Lokale zu haben. Der Vorstand.

Boranzzeige! Sonntag den 25. November: **Matinee bei Ludwig.**

Handscheiss! verringert, Wundgehen verhütet Apoth. Bär's Urso! ärztlich empfohl. und verordnet. Für die Herren Buchdrucker und Schriftgesser statt 1,60 Mk. nur 1 Mk. franko per Nachnahme d. d. Chem.-techn. Institut Regensburg 1 (Bayern). [48]

Dresden Buchdruck-Maschm.-Verein. Dresden

Sonntag den 4. November, vormittags 11 Uhr:
Monatsversammlung
im Vereinslokale. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand. [56]

Erfurt.

Sonntabend den 3. November im „Eivol!“:
Generalversammlung. [50]

Vorstandswahl. Geldbewilligung. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorst.

Von Julius Mäser in Leipzig-R. verlange man:
Die Lehre vom Akzidenzsatze.

Von Alex. Waldow, 4. Auflage, herausgegeben von Friedrich Bauer, 1906. Geb. 10 Mk. In grossen Zügen werden die grundlegenden Prinzipien des Akzidenzsatze behandelt, die das Buch zierenden Beilagen sind von der Fachpresse allgemein als bahnbrechend für den Akzidenzsatze bezeichnet worden. Das Buch eignet sich vorzüglich als sehr preiswertes Geschenk. [47]

Rockhaus Kleines Konversationslexikon sowie alle anderen Werke liefert gegen bequeme monatliche Zeitzahlung
H. Wilhelm, Dresden-Pl., Schenkstr. 7.
Speziell den Dresdner Kol. empfehle mich zur Lieferung von Gasliteratur. Prospekte zu Diensten. — Kollegen als Retreter gesucht! [605]

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Beginn des nächsten Kursus am 1. Jan.
Lehrplan: Werk-, Zeltungs-, Inseratensatz, Akzidenzsatze von einfacher bis schwieriger Art, Farben- und Formlehre, Zeichnen (Skizzieren), Topfplattenschnitten, Drucktechnik, Die Arbeiten des Korrektors und Faktors, Kalkulation von Drucksachen, Vorträge über Kunstgeschichte, Maschinen- und Papierwesen, Reproduktions-Verfahren, Werk-, Illustrations- und Farbendruck in ihrem Zusammenhang mit der Leitung der Buchdruckerei usw. Der Unterricht ist ein theoretischer und praktischer. Prospekte durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13—17.

Seder vorwärtsstrebende Akzidenzseher

muß sich das mit etwa 300 Sachbeispielen zeitgenössischer Enten aufgestellte Selbst- und zeitliche Enten für Akzidenzseher, für 1 Mk. von Alfred Bender, Danzig, unbedingt schicken lassen.

Wer das Buch:

Blut und Nerven Grundsteine und Eckpfeiler der Gesundheit.

gelesen hat und die darin empfohlenen Erhaltungsmittel der täglichen Nahrung benützt, wird und bleibt
gesund! [900]

Jeder, der sich **stund und matt** fühlt, **nervös** und **energieelos** ist, wird **Tröst** und den Weg zur **Heilung** finden.
Gegen Nachnahme oder Einlieferung von 1,10 Mark zu beziehen von der Verlagsbuchhandlung **Grosz & Schauenburg** in **Lahr i. W.**

Für die uns anlässlich unseres 25jährigen Vereinsjubiläums erwiesenen Ehrungen seitens der Mitglieder des Vereins, Herrn v. Hohenhausen, sagen wir hierdurch unsern herzlichen Dank!
Emil Damm, Fr. Schewe, Otto Matthesch.

Für neuzugrundende, wissenschaftl. dreimal ersch. württemberg. Provinzialg. wird intellig. serograph. Seher, dem die selbst. Leitung sowie Redakt. übertr. w. f. u. sich ev. als Inspektor u. Abteilungsleiter eignet in augen. Stell. gef. Funktion od. beste Refer. erforderlich. W. Dff. u. S. B. 994 erb. an **Ind. Hoff, Stuttgart.** [53]

Kid. Augustin, Berlin

Oranienstraße 103, nahe der Lindenstraße. Saal (200 Personen). & Vereinszimmer. Mittagskost 60 Pf. mit Bier. Tel. Amt IV 5652.

Um vollständigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an **Rouard Gidler** adressieren.

Seit 12 Jahren verboten! Endlich freigegeben!

Ausgewiesen.

Soziales Drama
aus den achtziger Jahren
in vier Aufzügen
von **Karl Böttcher.**

3. Auflage. 1 Mark.

Zu beziehen durch **Rouenhoff & Co.**
Verlag, München.

Geehrte Herren!

Als ehemaliger Kollege offeriere ich das nebenstehende Werkchen, das jeder Buchdrucker mit grösstem Interesse lesen wird, zu nachstehenden Vorzugspreisen:

Bei Abnahme von I bis 10 Expl. zu à 85 Pf.
von II bis 25 Expl. zu à 75 Pf.

Franko gegen Nachnahme oder Vor-
einsendung des Betrages.

A. Rouenhoff

Inhaber der Firma Rouenhoff & Co., Verlag, München.

[268]

Urteil

des „Hamburger Fremdenblattes“ über die vor zwölf Jahren stattgefundenen Erstaufführung:

„Ausgewiesen“! Schon in diesem Titel des Dramas von Karl Böttcher liegt Tragik, liegt Verzweiflung. Und der geistvolle Schriftsteller weiss uns dies so lebhaft und in solch eigreifenden Tönen vorzuführen, dass wir es ihm gern glauben. Denn er entrollt ein mächtig packendes Lebensbild vor uns, in eindringlicher Sprache auf die Wunden hindeutend, die ein hartes Gesetz schlagen kann. So wirkte die Erstaufführung dieses politischen Dramas wie ein Blitz, der zündend in die Herzen schlägt.

Personen des Stückes:

- Rudolf Liers, Buchdruckereibesitzer.
- Erna, seine Frau.
- Hilde, deren Schwester.
- Mutter Liers.
- Erich Friesen, Liers Freund.
- Kurt v. Lingstedt, Staatsanwalt.
- Boiten, Buchhalter bei Liers.
- Lorenz
- Baumann
- Hildebrand
- Vollrath
- Künzel
- Werner
- Jahn
- Ein Gendarm. Eine Dienerin.
- Gäste. Viele Buchdrucker.

Generalvertrieb an Buchdrucker für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz.

Der „Kleine Bröckhäus“ komplett 2 Bände à 12 Mark!

Ich liefere das komplette Werk ohne Preisaufschlag, und franko schon bei einer wöchentlichen Ratenzahlung von 50 Pf. ab, und werden Bestellungen und Zahlungen von den bekannten Subskriptionsstellen des „Goldenen Buches“ entgegengenommen. Sie ersparen dadurch Porto und die Mühe des Einsendens der Raten. Wo solche Stellen nicht existieren, bitte ich, einen vertrauenswürdigen Kollegen damit zu beauftragen, dem ich Musterband und Subskriptionslisten sofort franko und unberechnet liefere. Bei Arbeitslosigkeit wird auf Benachrichtigung Zahlung gestundet!

Auch Einzelbestellungen werden gegen Ratenzahlung prompt ausgeführt!
[954] **Max Schmitz, Versandbuchhandlung, Leipzig-R., Kronprinzstraße 19.**

Von Tag zu Tag

steigt sich der Einfluss moderner Papiere auf die Ausstattung der Akzidenzdrucker. Die Kenntnis der Papierneuartigkeiten ist deshalb für den Akzidenzdrucker von grösster Wichtigkeit. Kein Fachblatt zeigt diese Novitäten in ähnlicher Weise wie die „Typographischen Jahrbücher“, die jede Buchhandlung und jeder Vertreter zum Preise von 50 Pfennig pro Heft liefert. Jedes Heft enthält über 20 prächtige Satz-, Druck- und Papierbeilagen

ohne Konkurrenz!

Stuttgarter graph. Versandhaus

St. Leibius, Gutenbergstr. 4
gegründet 1892. Telefon 4102.

empfohlen sämtl. Buchdrucker-utensilien, Setzerblusen, blaue Schutzanzüge, 5 farb. Schmucksachen und Gutschriebe etc.
Preisliste gratis und franko.

„Dankbarkeit“

veranlaßt mich, gern u. tollentlos allen **Lugen- und Halsleidenden** mitzuteilen, wie mein Sohn, jetzt Lehrer, durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Naturprodukt von seinem langwierigen Leiden befreit wurde.
K. Baumgartl, Galwitz in Reuders
bei Rarisbad.

Am 25. Oktober verstarb nach langem, qualvollen Leiden in Neudorf bei Potsdam unser lieber Kollege, der Setzer-invalide

Hugo Kölber

geb. am 7. Februar 1837 zu Berlin. Wir betrauern in dem Verstorbenen einen aufrichtigen, braven Kollegen, dessen Andenken stets in Ehren halten wird [57]

Berlin, den 26. Oktober 1906.
Das Personal der Norddeutschen Buchdruckerei.

Am 24. Oktober verschied nach kurzem Leiden unser Mitglied der Faktor

Karl Pruszydo

im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Bouthon (O.-Sohl). [39]

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 24. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unser wertvolles Mitglied, der Maschinenmeister

Wilhelm Hirt

aus Wandsbek im 23. Lebensjahre.
Der Vorstand. [40]

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 25. Oktober verstarb unser wertvolles Mitglied, der Schriftsetzer

John Hacke

aus Hamburg im vollendeten 39. Lebensjahre.
Der Vorstand. [41]

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 127.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 30. Oktober 1906.

Anzeigen koston: die Nonpareilspalte 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

Zur Situation.

Wenn man die neuesten Nachrichten der zum Zwecke der Berichterstattung über die abgeschlossenen Tarifverträge einberufenen Versammlungen verfolgt, so kann man es unmöglich begreifen, daß Beschlüsse wie in Berlin, Bielefeld, Karlsruhe angefaßt der tatsächlichen Verhältnisse zustande kommen können.

Ob wir nun Sozialdemokraten, Zentralkleriker oder sonst Parteiangehörige sind, in einer Beziehung, Verbesserung unserer gewerblichen Verhältnisse herbeizuführen, müssen wir unbedingt einig sein.

Um so trauriger ist es nun, daß ein Teil der Kollegen unseres Verbandes, die von dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ und selbstverständlich von der übrigen Parteipresse zum Teil gebrachten Gehartikel für bare Münze nimmt und in den Versammlungen für die oben erwähnten Blätter die Rastanien aus dem Feuer holt und somit ein Werk, das von allen Seiten als soziale Tat ersten Ranges hingestellt wird, einfach über den Haufen wirft, als wär's weniger wie ein Butterbrot. Bedenken denn diese Kollegen nicht, was es für Folgen nach sich zieht, wenn diese mühevoll Arbeit weggenommen wird? Oder sündigen gar welche auf die fünf Millionen in der Kasse? Gerechter Gott! In sechs Wochen ist alles beim Teufel; und was dann? Vielleicht anstatt 20,38 Mk. das beliebige Bieten eines Prinzipals! Soll die vierjährige Arbeit zielbenutzter Männer über Bord geworfen werden?

Wir können im Jahre 1907 die traurige Tatsache erleben, daß man sich einem Tille und Konsorten ausliefern will; denn es ist unumstößliche Tatsache, daß gerade diese Elemente desto besser wachsen, je mehr in unserm Verbands gewöhnt wird.

Und nun zu den Gründen, die die kolossale Unzufriedenheit in unseren Reihen erregt haben. Erstens um die 10 Prozent. Wurde bisher jemals schon bei einer Buchdruckerrevision dieser Prozentsatz erreicht? Nein. Hat es bis jetzt noch Kampf gekostet, der bisherigen Tarif bei der großen Mehrzahl der Prinzipale einzuführen, so wird es eben diesmal bei 10 Prozent noch härter gehen. Und was nicht es, wenn z. B. 15 Prozent beschloßen sind und die Mehrzahl der Prinzipale zahlt sie nicht? Nicht genug, daß die beschloßenen 10 Prozent bekämpft werden, ist es der reine Sobn, daß die Garantie zur Durchführung der erhöhten Prozentsätze, der Organisationsvertrag, auch noch bekämpft wird.

Das wären so nun die wichtigsten Punkte, die am meisten bekämpft wären, und wollen wir hoffen, daß es diesen Gegnern nicht gelingt, ein Werk über den Haufen zu werfen, daß bis jetzt im sozialen Gesichtspunkte einzig dasteht. Möchten alle Kollegen ihre ganzen Kräfte aufbieten, um die Quertreibereien, die systematisch infanzuieren und auch persönlichen Beigeschmack haben, zu unterdrücken.
Frankfurt a. M. Gg. D-r.

Das Berechnen an der Sechsmaschine.

Nachdem die Buchdruckergehilfen in vielen Spalten des „Korr.“ von der Redaktion sowohl als auch vom Zentralvorstande über die Fortschritte der diesjährigen Tarifabmachungen informiert worden sind, erlaube ich mir, eine Frage zu ventilieren, die bisher gerabezu ängstlich in der ganzen Artikelreihe vermieden worden ist. Es ist dies die Frage des Berechnens an der Sechsmaschine in den Tageszeitungen. Ich suchte vergebens nach einigen Worten der Beruhigung, daß das Berechnen an der Sechsmaschine eventuell nicht ernst zu nehmen wäre. Wenn ich meine Ansicht über die Tarifverhandlungen in wenigen Worten hier kennzeichnen will, so kann ich sagen, daß ich in denselben einen anerkanntswerten Fortschritt erblicken würde, wenn nicht die Sechsmaschinenkaufel mit in den Kauf hätte genommen werden müssen. In einer der letzten Nummern des „Korr.“ wurde nun in dieser Frage betont, daß hierbei nur etwa tausend Kollegen in Betracht kämen, und wegen dieser tausend Maschinenseher hätte man die Tarifberatungen nicht scheitern lassen können. Ich kann hierzu nur sagen, daß mich dieser Satz sehr tief berührt hat. Diese tausend Verbandsmitglieder, die gemäß auch ein Unrecht auf geordnete Arbeitsverhältnisse haben, sind also verdammt, ihre Gesundheit für die Allgemeinheit zu opfern! Ich weise jeden Einwurf zurück, der uns überzeugen wollte, daß sich Prinzipale finden könnten, die von ihrem Rechte, das Berechnen einzuführen, keinen Gebrauch machen. Die Zugeständnisse würden von unseren Gehilfenvertretern dem Zeitungsverlegerverbande gegenüber gemacht und sind, wie in den letzten Nummern des „Korr.“ oft genug betont wurde, „mitberaten und mitunterzeichnet“. Punktum. Nun frage ich: Was wird uns geschehen, wenn wir uns trotz dieser Abmachungen mit Händen und Füßen gegen das Berechnen an der Sechsmaschine in den Tageszeitungen weh-

ren? Werden wir von der Verbandsleitung Unterstützung finden oder nicht? Ich will hier festlegen, daß die Maschinenseher sich auch zur „Allgemeinheit“ rechnen und für den „Fortschritt“, den ihnen das Berechnen und die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich gebracht hat, den Gehilfenvertretern nicht genug Dank zu sollen wissen. Zudem ich hier betonen möchte, daß Affordarbeit an der Sechsmaschine aus gesundheitlichen Gründen eine Zumutung ist, die ich mir vor den Verhandlungen nicht hätte träumen lassen, so mache ich kein Hehl daraus, zu verraten, daß wir Maschinenseher gefonnen sind, diese Zumutung in unserm gesundheitlichen sowohl wie in Interesse der Allgemeinheit zurückzuweisen, und zwar ebenfalls mit dem Schlüsselworte: Komme, was da wolle. Da ich verpflichtet bin, meiner Familie ihren Ernährer so lange wie möglich zu erhalten, so würde ich die Vorteile des Berechnens gern einem andern (vielleicht einem unserer beiden Spartenvertreter?) überlassen und mich lieber wieder zur Kasernenarbeit zurückziehen, die ich hoffentlich noch nicht verlernt habe.

Stuttgart.

C. N.

Wo bleibt die Konsequenz?

In der jetzigen Zeit der Tarifbewegung, wo die Gehilfenschaft vor der Einführung des Organisationsvertrags steht, und wo infolgedessen an viele Nichtverbändler die Frage treten wird, dem Verbands beizutreten, dürfte es von Interesse sein, sich einmal mit der Frage zu beschäftigen, ob es angängig sei, außer dem Verbands der Deutschen Buchdrucker noch einer andern Buchdrucker-„Organisation“ anzugehören. Für mich — und ich glaube wohl auch für den größten Teil der deutschen Kollegen — unterliegt die Antwort keinem Zweifel. Und doch muß die Verbandsleitung hier nicht die nötige Festigkeit gezeigt haben, denn es gibt eine ganze Reihe Kollegen, die es mit ihrer Verbandsmitgliedschaft vereinbar hält, im Hirsch-Dunderdörfer Gewerkschaften der graphischen Berufe „organisiert“ zu sein.

Diese dürften nun in eine schwierige Lage kommen. Denn entweder müssen sie der Fährne Hirsch-Dunder Vakt sagen, um in einer Tarifdruckeri Beschäftigung zu finden, oder sie müssen aus dem Verbands austreten und in untermäßige Konditionen gehen. Oder aber es gäbe noch einen dritten Ausweg: sie müßten danach trachten, den Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) als Tarifkontrahenten vom Tarifamte anerkannt zu sehen. Da doch nun aber logischerweise dem Verbands daran liegen muß, als alleiniger Kontrahent zu gelten, so müssen sie hierbei dem Verbands schädigend gegenüberstehen.

Daß dem so ist, möge ein Fall aus der Praxis illustrieren: In z. ist ein Verbandsfunktionär, der gleichzeitig im Generalrat des Gewerkschaften der graphischen Berufe sitzt. Ist diese Doppelfunktion schon an und für sich zweideutig, so wird dieselbe noch schierer durch eine Resolution der Hirsch-Dunderianer, die dieser Kollege als Generalratsmitglied doch selbst mit beraten mußte.

„Resolution“:

1. Der Zentralrat erkennt nach wie vor die Notwendigkeit einer Tarifgemeinschaft im Buchdruckergerwerbe an, verpflichtet auch die einzelnen Gewerkschaften, ihre Druckfächer nur in tariffreien Druckereien herstellen zu lassen, verlangt aber, daß auch andere Buchdrucker und Schriftsetzer, die nicht dem Buchdruckerverbande angehören, die aber die Tarifgemeinschaft anerkennen, nicht von der Beschäftigung in solchen Druckereien ausgeschlossen werden.

2. Der Zentralrat richtet an alle Gewerkschaften, welche eigene Organe herausgeben oder Druckfächer in größerer Anzahl anfertigen lassen, die Aufforderung, ihre Drucksachenlieferanten zu veranlassen, daß diese beim Tarifamte der Buchdrucker möglichst sofort vorstelle werden, um den Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern aus tariffreien Druckereien zu verhindern.

3. Wird dennoch der neue Tarif unter Ausschluß aller nicht dem Verbands angehörenden Arbeiter abgeschlossen, dann behält sich der Zentralrat weitere Schritte vor.

Hartmann.

Es wäre nun angebracht, wenn unser Zentralvorstand sich klipp und klar zu solcher Doppelfunktion äußern würde, denn ich habe hier am Orte von Hirsch-Dunderdörfer schon gehört, daß sie gegebenenfalls wohl bereit wären, dem Verbands beizutreten, doch nur unter der Bedingung, daß sie gleichzeitig beim Gewerkschaften Hirsch-Dunder Mitglied bleiben dürften.

Wenn ich auch aus Erfahrung weiß, daß der hiesige Ortsverein ist unter solchen Bedingungen nicht aufnimmt, so stände ihnen doch noch der Weg zur Beschwerde beim Zentralvorstande offen, und was dem Kollegen in z. recht ist, dürfte anderen billig sein.

Ich meine, daß die Mitgliedschaft im Verbands eine solche in einer andern Organisation ausschließt, und man es nur mit einer Partei ehelich meinen kann. A. S.

Rundschau.

Die Buchhändler und der neue Tarif! Unter dieser Stichmarke schreibt „Presse, Buch, Papier“: Die „Allgemeine Buchhändler-Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer neuesten Nummer mit dem neuen Tarife, erkennt die zehnprozentige Erhöhung der Gehilfenlöhne durch die allgemeine Teuerung als gerechtfertigt an, bedankt sich aber im Namen des Verlagsbuchhandels für das „zweifelhafte Vergnügen, die erhöhten Gehilfenlöhne zu bezahlen“. Die Buchdrucker werden sich nunmehr, wie die früheren Erfahrungen lehren, beilegen, ihre Druckpreise um 10 Proz. zu erhöhen. Es gibt viele Verlagsartikler, die eine solche Erhöhung nicht vertreten können (? Red. des „Korr.“) und sei deshalb von vornherein bemerkt, daß der erhöhte Gehilfenlohn eine zehnprozentige Erhöhung der Druckpreise nicht rechtfertigt. Der Druckpreis besteht ja nicht bloß aus dem Arbeitslohn, sondern er umfaßt noch die allgemeinen Geschäftskosten, die Amortisation der Druckereianrichtung und den Unternehmergewinn. Diese drei Posten haben sich doch nicht erhöht, und es ist deshalb Zeit, daß der Buchhandel dagegen Front macht, für jede Erhöhung der Arbeitslöhne doppelt (?) aufkommen zu müssen. Inseß Erachtens kann die zehnprozentige Erhöhung der Arbeitslöhne eine nur fünf- bis sechsprozentige Erhöhung der Druckereirechnung rechtfertigen.“ Der Artikel schließt mit folgt: „Zum mindesten muß aber jetzt der Buchhandel sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um durch gewisse Abmachungen, Preisfestsetzungen und Regeln für den Verkehr mit Buchdruckereien, es den Buchdruckereibesitzern zum Bewußtsein zu bringen, daß sie bei Tarifverhandlungen nicht nur ihre eignen Interessen, sondern auch die Interessen ihrer Rundschaft zu wahren haben. Wenn die Buchdruckereiprincipale Wert auf die „Harmonie“ mit ihren Gehilfen legen, so mögen sie auch die Kosten tragen.“ — Spät kommen sie diesmal die Herren Buchhändler, aber sie kommen und führen ihre gewohnten Querträge gegen die Tarifvereinbarungen im Buchdruckergerwerbe auf. Daß der bei den Tarifverhandlungen anwesende Vertreter des Verlegervereins dadurch völlig desavouiert wird, kümmert die mit Apothekerprozenten rechnenden Buchhändler nicht im geringsten. Gegen die Annahmen von dieser Seite kann nur der geschloßteste Widerstand der Prinzipale etwas ausrichten. Wir Gehilfen können den Buchhändlern und Verlegern aber versichern, daß wir uns entschieden bedanken für eine „Harmonie“, wie sie im Buchhandel zwischen Prinzipal und Gehilfen vorhanden ist. Diese Arbeitsverhältnisse sind einfach vorzinsfütlich zu nennen.

In Nr. 125 berichteten wir nach der Fachpresse von der Brotlosmachung eines galizischen Buchdruckers durch die Polizei in Erfurt, indem diese Behörde den betreffenden Prinzipal aufgefordert hatte, den vermeintlichen galizischen Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen, weil solche Ausländer nicht dauernd beschäftigt werden dürfen. Es wird uns nun aus Erfurt direkt gemeldet, daß nicht ein Buchdrucker, sondern ein Buchbindergehilfe bei der Angelegenheit in Frage kommt.

Das anfangs Januar 1906 veröffentlichte Preisausfchreiben zur Bekämpfung der Weigefahr der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz in Basel hat 63 Arbeiten zeitig. Fünf Industriezweige kamen bei diesem Wettbewerbe für hygienische Maßnahmen gegen die Weigefahr in Betracht: 1. Die Förderung und Aufbereitung von Bleierzen und Bleihaltigen Erzen, 2. Bleibütter, 3. Bleifarbenwerke und Akkumulatorenfabriken, 4. Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbe, 5. Buchdruckereien und Schriftgießereien. Für Gruppe 5 waren zwölf Arbeiten eingegangen. Einen zweiten Preis von 1000 Mk. (in dieser Gruppe den höchsten) erhielt André Ducrot in Paris, zwei dritte Preise Prof. Dr. H. Sommerfeld in Berlin und Baummeister Schulz in Kiel. Zum Kauf wurde u. a. vorgefchlagen die Arbeit des Sezers Heinrich Rigel in Wiesbaden, während die Arbeiter der Buchdrucker Otto Junke und Obermaschinenmeister Wilhelm Schler in Berlin bemerkenswerte Anregungen und Materialien enthielten. Die Arbeiten werden noch teils ganz, teils zusammenfassend von der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz zum Abdrucke gebracht werden.

Das soeben erschienene Verzeichnis der tarifstreuen Buchdruckereien und Schriftgießereien in Oesterreich weist 1049 Firmen auf. In 12 von den 15 Kronländern sind 113 nichttarifstreue Druckereien und Gießereien vorhanden. Die meisten Nichttarifstreuen weist Böhmen auf, nämlich 80. In Niederösterreich sind es 23, hiervon 14 Druckereien und 3 Gießereien in Wien. 89,23 Proz. der in Oesterreich existierenden Druckereien und Gießereien wären also tarifstreu, ein gewiß hochbefriedigendes Resultat.

Die Regierung an ihr Versprechen gemahnt hat der Reichsverband der österreichischen Buchdruckerbesther. Der Abschluß des österreichischen Tarifes vom 1. Januar 1906 kam nach monatelangen Verhandlungen vor jetzt einem Jahre nur dadurch noch auf friedlichem Wege zustande, daß das Handelsministerium eintrifft und bei der Gelegenheit der österreichischen Prinzipalvereinbarung gewichtige Versprechen machte. Diese gingen dahin, daß das Gesamtministerium einen Erlaß herausgeben werde, wonach staatliche Druckerarbeiten nur an Tarifdruckereien vergeben werden sollen. Weiter sollten staatliche Behörden die durch den neuen Tarif bedingten Preis-erhöhungen den für sie arbeitenden Druckereien gewähren; auch wurde versprochen, auf die selbstständigen Körperschaften im gleichen Sinne einzurwirken. Trotzdem nun ein Jahr darüber ins Land gegangen ist, hat die Regierung nichts von diesen ihren Versprechungen wahr gemacht. Die Prinzipalvereinbarung hat deshalb die Regierung an ihr Wort gemahnt, und es bleibt nun abzuwarten, mit welchen Ausschüchten diese ihr eigenartiges Verhalten rechtfertigen will.

Der Wert der Reklame ist ein ganz bedeutender. So manches Geschäft glaubte, der Annoncen, Prospekte usw. entraten zu können. Die Enttäuschung war jedoch immer eine arge, als sich die Gestaltung des Geschäfts ohne Reklameentaltung übersehen ließ. Eine große Londoner Seifenfabrik, die einen Jahresetat von zwei Millionen Mark für Reklamezwecke hatte, strich diesen Posten in der Meinung, es ginge auch so, ihre Fabrikate wären genügend eingeführt. Nach einem Jahre mußte der Generalversammlung der Gesellschaft eröffnet werden, daß keine Dividende zur Verteilung gelangen könne. Das Unterlassen jeder Reklame habe es dahin gebracht, daß statt früher 18 bis 20 Proz. diesmal nichts gegeben werden könne. Es war also jener Entschluß von der Sparfamkeit einer an der verkehrten Stelle.

Ein weitgehendes Verlangen aus einem Tarifvertrage heraus stellten die Bauunternehmer Münchens an die Organisation der Bauhilfsarbeiter bzw. an das Einigungsamt des dortigen Gewerbegerichtes. Der Sachverhalt ist folgender, für uns Buchdrucker besonders interessant: Zwischen den Bauarbeiterorganisationen Münchens und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München besteht ein Tarifvertrag. Aus den ortspolizeilichen Vorschriften ist in denselben die Bestimmung übernommen, daß während der Arbeitszeit auf Hochbauten der Genuß geistiger Getränke verboten ist. Auf dem Erweiterungsbaue der Universität legten eines Tages nun die Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder, weil sie kein Bier auf die Baustelle bringen lassen wollten. Die Organisationsleitung mißbilligte dieses unbedeutende Vorgehen, hielt den Ausständigen die Unterstützung vor und veranlaßte sie zur Wiederaufnahme der Arbeit. Dem kamen 18 Mann nach; die übrigen weigerten sich, bei dem betreffenden Unternehmer wieder anzufangen. Für diese stellte jedoch die Organisationsleitung andere Leute zur Verfügung. Nachdem der Berliner „Vorwärts“, auf den wir uns bei Schilderung dieses Vorfalles stützen, den Vorgang soweit geschildert, bemerkt er: „Mehr konnte die Leitung der Organisation mit dem besten Willen nicht tun.“ Der Meinung sind wir auch, jedoch auch der, daß wenn statt Bauhilfsarbeiter hier Buchdrucker in Betracht kämen, der „Vorw.“ mit einem Donnerwetter dreinschrien würde, daß die Leitung einer Gewerkschaft überhaupt so weit gehen konnte in ihren Maßnahmen gegen ihre sich eines lappigen Tarifvertrages schuldig gemachte Berufskollegen, nur um die Unternehmer bei guter Laune zu halten. Doch der Bauunternehmerverband war damit noch nicht zufriedengestellt, sondern verlangte den Ausschluß der vertragsbrüchigen Arbeiter aus ihrer Organisation; das Einigungsamt des Münchener Gewerbegerichtes solle einen Schiedspruch in der Sache fällen. Das Einigungsamt erließ mit allen gegen eine Stimme auch den Schiedspruch dahin, daß die Organisation der Bauhilfsarbeiter die betreffenden Arbeiter als Mitglieder auszuscheiden habe. Gaben also von jeder Seite mehrere Mitglieder mitgewirkt, so hätte auch ein Arbeiter im Einigungsamt für diesen Schiedspruch gestimmt. Inseiner Ansicht nach liegt die Sache so: Entweder es befindet sich in dem Tarifvertrage eine Bestimmung, wonach Tarifbrüchige auf beiden Seiten aus ihren Berufsorganisationen fern zu halten resp. auszuschließen sind — welcher Annahme aber der vor dem Einigungsamt durch den Organisationsvertreter der Arbeiter eingenommene Standpunkt widerspricht —, oder es liegt ein ganz ungebilligtes Verlangen des Unternehmerverbandes und demzufolge auch ein unbedeutendes Schiedspruch des Einigungsamtes vor. Sollte sich aber in dem Tarifvertrage der Bauhilfsarbeiter eine Handhabe für das Vorgehen der Unternehmerorganisation befinden, so gilt sie natürlich für beide Teile und ist nur Sache der Interessenten. Für diesen Fall wäre auch das Einigungsamt zu einem solchen Schiedspruch berechtigt gewesen, wenn grundsätzlich das Recht zum Ausschluß auch dann der Organisation verbleibt. Man sieht an diesem Vorgange, daß auch in anderen Gewerben Erscheinungen zutage treten, für die der ergriffene Parteimitmann nur das bedenklächste Geschäft aufsetzen kann. Daß „man“ nicht mehr sieht, liegt nur daran, daß „man“ oft nicht sehen will!

Kampfunter die Anerkennung der Organisation, d. h. um Verhandlungen von Organisation zu Organisation, lautet die Hauptparole, welche von einer Konferenz der fünf Bergarbeiterorganisationsvorstände in Essen aufgestellt wurde. Bei den Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit den Rechenverwaltungen kamen nur leere Versprechungen oder direkte Verweigerungen

von Lohnaufbesserungen heraus. Nur die königliche Grubenverwaltung in Saarbrücken hat Lohnverhörungen von 20 oder 30 Pf. pro Schicht gewährt. Auf der jüngsten Konferenz der Siebenerkommission sprachen sich die Vertreter aller Organisationen in schärfer Weise gegen das preussische Handelsministerium aus, das in betrefe eines vernünftigen Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Bergarbeiterbewegung einen förmlichen Kotau vor dem Bergbauischen Vereine in Essen machte. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. In Sachen sind die Kohlenmagnaten besonders kampflustig. Jetzt ist nämlich noch auf einem dritten Werte die Verlängerung der Schicht von zehn auf elf Stunden angeordnet worden. Die mitteldeutschen Braunkohlenwerke haben auf einer Tagung in Leipzig jedes Verhandeln mit den Bergarbeiterorganisationen abgelehnt, die Sperre wie die direkte Aussperrung sollen in Anwendung kommen. Falls die Regierung sich einmischen wolle, würde der Kampf auch gegen sie aufgenommen werden. Also gleich den Agrariern erklären die Grubenbarone den Ministern: „Sie können uns sonst was“.

Eine erstaunliche Dreistigkeit offenbaren die Leuten von Arbeitgeberverbände für die Binnen-schiffahrt. Sie, die das Recht der Organisation als eine der ersten Selbstverständlichkeiten betrachten, haben ihren schon berichteten Frivolitäten in bezug auf die Organisation ihrer Arbeiter eine neue hinzufügt, sie haben nämlich nicht nur wieder beschloffen, die Organisation der Hafnarbeiter nicht anzuerkennen, sondern waren sogar so kühn, zu erklären, nach bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit wollten sie direkt mit ihren Leuten in Verhandlung treten. Es sind zwar in Dresden Unterhandlungen gepflogen zwischen dem Magdeburger Bevollmächtigten des Hafnarbeiterverbandes, vier Direktoren der Schiffahrtsgesellschaften und zwei Regierungsräten. Diese Konferenz scheint jedoch nur auf das Betreiben der Regierungen zustande gekommen zu sein, die das Detorum wahren wollten. Die Verhandlungen scheiterten, obwohl der Vertreter der Arbeiter soweit als möglich entgegenkommen zeigte, während gerade in der Lohnfrage die Gesellschaften keinerlei Konzessionen machen wollten. Nach Stattfinden dieser Scheinverhandlungen haben dann die Arbeitgeber im Binnen-schiffahrtsgewerbe ihrem Herrenstandpunkte erst die Krone aufgesetzt. Diesen grenzenlosen Unternehmungsstolz gebührend an den Pranger zu stellen, fehlt den führenden Parteiorganen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ jedoch die Neigung und das Geschick. Dafür flucht es um so besser bei der Verkleinerung und Herabwürdigung ideeller und materieller Erfolge der Buchdrucker, ganz besonders gut aber beim Gerunterreifen der Vertreter und Führer der Buchdrucker-gesellschaften. Das ist auch ein dankbareres Feld!

Lohnabhängige in der jetzigen Feuerungsperiode, kein Mensch hält so etwas möglich, und doch ist dieses unglaubliche Vorkommnis Tatsache, nämlich auf dem größten deutschen industriellen Werke: bei Krupp in Essen, wo neulich das System des Prinzipalsgemahls von Kapitalagnaden errichtet wurde. Ein christlicher Arbeitersekretär machte in einer Versammlung darüber folgende sensationelle Enthüllung: „Die Krupp'schen Arbeiter haben schon seit langen Jahren für die Nachtschicht eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert. Den in der Zünd-fabrik beschäftigten Arbeitern ist diese Lohnerhöhung vor einigen Jahren denn auch zugestanden worden. Während nun am Hochzeitsstage des Herrn Krupp von Wöhlen und Galbach bekannt gemacht wurde, daß die Arbeiter ein Gehalt von 10 bzw. 5 Mk. erhalten sollten, wurde den Arbeitern der Zündfabrik die Mitteilung, daß die zehn Prozent für die Nachtarbeit in Zukunft wieder in Wegfall kommen. Das macht für jede Schicht 60 Pf. und aufs Jahr für jeden Arbeiter der Zündfabrik 180 Mk. Das war das Hochzeits-geschenk, das die Arbeiter der Zündfabrik von der Firma Krupp erhalten haben.“ Die Enttarnung dieses Christlichen ist vollst. berechtigt, zur Charakterisierung des „sozialen Verständnisses“ der Großindustrie ist auch noch niemals durchschlagendes Material geliefert worden als die Geschichte von dem Zustandekommen des „Hochzeitsgeschenks“ für die Millionenerbin Berta Krupp.

Eine vor dem Ruin stehende Industrie ist die Thüringische Spielwaren- und Puppenbranche. 350 in Reustadt i. Th. versammelt gemessene selbständige Spielwarenindustrielle erklärten, bei der gegenwärtigen Steigerung der Rohmaterialien und dem hohen Stande der Lebensmittelpreise sei ein Weiterarbeiten zu den jetzigen Preisen gleichbedeutend mit dem Ruin der Industrie. Die Feuerungspolitik der Reichsregierung wird noch mehr solche Notfälle zeitigen.

Als eine Folge des Mannheimer Parteitages ist die Ablehnung eines Besuches des Karlsruher Gewerkschaftskartells um Erhöhung der städtischen Subvention von 300 auf 400 Mk. und Überlassung von drei anstatt zwei Schulzimmern anzusehen. Seit einigen Jahren erhielt nämlich genanntes Gewerkschaftskartell zur Abhaltung von Kurien in der Buchführung, Stenographie, im Schönb. und Rechtschreiben usw. eine Unterstützung aus städtischen Mitteln. Neben dem Arbeitersekretariate in Gotha war das Gewerkschaftskartell in Karlsruhe das einzige von Arbeitern errichtete Institut, dem eine behördliche Subvention zugewandt wurde. Damit ist es nun aus, wie aus folgender ablehnender Begründung des Stadtrates hervorgeht: „Da nach den Vorgängen auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Mannheim die freien Gewerkschaften (Rentrafachverbände) als im Dienste der sozialdemokratischen Parteibestrebungen stehend angesehen werden

müssen und der Stadt für Vereinigungen mit parteipolitischen und konfessionellen Tendenzen städtische Unterstützung grundsätzlich nicht gewährt, muß das Gesuch des Gewerkschaftskartells bedauerlicherweise abgelehnt werden.“

Metallindustrielle unter der Anklage der Erpressung, also des Terrorismus — ist so etwas in dem Polizeistaate Deutschland möglich? Ja, es ist an dem. Der Prozeß gegen den „Kaiserdeputierten“ Hirsch in Breslau, die letzte Gerichtsaktion aus Anlaß der bekannten Vorgänge am 19. April, welcher als Landfriedensbruchprozeß ebenso ins Wasser fiel wie seine Vorgänger in Breslau, Magdeburg und Nürnberg und nur wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung sowie wegen Auflaufes eine Beurteilung zu zwei Monaten Gefängnis brachte, die durch die Unterjuchungshaft als verübt erachtet wurden, brachte eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Breslau zur öffentlichen Kenntnis, wonach die Leiter des schlesischen Metallindustriellenverbandes „sowie die noch zu ermittelnden Teilnehmer an dem Beschlusse, der die Generalaussperrung über alle organisierten Schlesauer Metallarbeiter verhängte“, unter Anklage wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung gestellt werden. Wir kommen in der nächsten Nummer auf dieses wichtige Ereignis eingehender zurück.

Die Vorlegung eines Heimarbeiterschutzgesetzes ist nach einer Witterungseinschätzung sobald nicht zu erwarten. Im Reichsamte des Innern ist man jetzt mit der Sichtung des Materials beschäftigt, das die angestellten Ermittlungen ergeben haben. Diese Arbeit soll nun eine solche Zeit beanspruchen, daß vorläufig noch an keine positive Verdictung der regierungsseitigen Untersuchungen gedacht werden kann. Diese Meldung wird denjenigen nicht überraschen, der das langsame Tempo des behördlichen Apparates gerade in sozialpolitischen Fragen kennt. In solchen Fällen funktioniert die Maschinerie gleich noch einmal so langsam, als dies sonst ohnehin schon geschieht.

Eingänge.

„Ausgewiesen“ betitelt sich ein vieraktiges soziales Drama von Karl Böttcher, das im Verlag von Koenigshoff & Co. in München in dritter Auflage erschienen ist. „Ausgewiesen“ behandelt die schrecklichen politischen Zustände in Deutschland unter dem Sozialistengesetze, wo es in der Macht eines beliebigen Denunzianten lag, einen Menschen von Charakter, dem oft weiter nichts zur Last gelegt werden konnte als freimütiges Wesen und offenes Wort seiner Familie, seiner neuen Heimat und allem, was ihm lieb und wert geworden, in die Verbannung zu schicken, ohne gerichtliche Verhandlung, nur auf Befinden einer Verwaltungsbehörde hin. Wenn nun heute diese ausnahmsweise Zeiten länger als 16 Jahre zurückliegen, die Ordre „Ausgewiesen“ kann heute doch noch jeden Ausländer treffen, der sich bei wirtschaftlichen Kämpfen oder in politischen Fragen „hinreichend verächtlich“ macht. Auch heute macht es nichts aus, ob der Betroffene zehn oder zwanzig Jahre in seiner neuen Heimat gelebt und seinen staatsbürgerlichen Pflichten vorchriftsmäßig nachkam — er braucht sich nur an den Finger zu stoßen und mit derselben Klüfftslosigkeit wie damals erweist ihn die administrative Verdictung. Der Unterschied zwischen einst und jetzt besteht nur darin, daß man gegen Reichsdeutsche dieses Verfahren fast gar nicht und auch sonst naturgemäß weniger zur Anwendung bringt als unter dem Ausnahmestande des eben so verfehlten wie schandbaren Sozialistengesetzes. Zeitgemäß ist dieses Bühnenwerk aus den achtzig Jahren des vorigen Jahrhunderts also auch jetzt noch. Daß dieses erst nach dem Falle des Sozialistengesetzes entstandene Drama von den preussischen und sächsischen Polizeibehörden zwölf Jahre lang verboten werden konnte — nur in Hamburg wurden Auf-führungen davon gestattet — und erst auf einen Appell an den Kaiser freigegeben wurde, beleuchtet unsere jetzigen politischen Verhältnisse so drastisch, daß es keiner weiteren Worte bedarf. Das Stück verdient also seinen Namen in doppelter Beziehung. Ein Großbuchdruckerbesitzer (Rudolf Biers) ist der tragische Held des Dramas, der Ausgewiesene, ein bei ihm beschäftigter Seiger (Baumann) die Denunziantentreatur. Das Stück ist zweifellos sehr hübschwirksam, die Handlung voll wirklicher Tragik, die Sprache manchmal — durchaus nicht zu häufig — scharf über unsere gesellschaftlichen und politischen Zustände, die damals wie heute gleich unerbaulich sind. Wo der Verfasser jedoch Wiber aus dem Buchdruckerleben bietet, ist er nicht glücklich: diesen Szenen ermangelt die Lebenswahrheit. Bei einem realistischen Drama ist naturgetreue Schilderung aber bis ins Detail zu verlangen. Gäte sich der Autor mit einem Lebenserfahrenen Buchdrucker in Verbindung gesetzt, wäre ihm mancher lapsus nicht unterlaufen. Daß z. B. der hochherzige Prinzipal Biers von einem seiner ältesten und bewährtesten Seiger, dem alten aufopferungsfreudigen Lorenz, der um Haarsbreite auch das Opfer einer politischen Denunziation geworden wäre, sagt: „Wie das so zu gehen pflegt: Volntag — etwas Durst — Branntweinpfusel — heiße Köpfe — unbedachte Worte — Denunziation — die schwere Anklage ist fertig“, ist doch zum mindesten gewagt. Gewiß, es gibt manchen Kollegen, der gern „einen Garten“ nimmt; bis zum Schnapsstricker ist aber noch ein weiter Schritt, die Buchdrucker halten es beunruhigend mehr mit dem Gersten-safte. Ein solcher Mustermensch wie der alte Lorenz läßt sich doch unmöglich mit der Schnapsflasche in Zusammenhang bringen. Das Buchdruckerleben findet also in dem auch beim bloßen Lesen bereits stark wirkenden Böttcher'schen Werke keine einwandfreie Schilderung.